

JANOSCH STEUWER

Umkämpfte Zahlen

Aktivisten, Demoskopen, Politiker und die Transformation des »Rechtsextremismus« um 1980

Im März 1981 setzte der SPIEGEL eine Zahl in die Welt, die im In- und Ausland ein gewaltiges Echo auslöste.¹ Dem Nachrichtenmagazin war der Abschlussbericht eines Forschungsprojekts zugespielt worden, das das Referat für politische Analysen des Kanzleramts zwei Jahre zuvor in Auftrag gegeben hatte. Es hatte, so erläuterte der SPIEGEL, »die Anfälligkeit der Bundesbürger für rechtsradikale Parolen« erkunden und damit bestimmen sollen, wie groß der »Rechtsdrall in der Bundesrepublik« sei. Das »alarmierende Fazit« der beauftragten Meinungsforscher hielten »die Beamten des Kanzlers« aber nun »seit Monaten [...] unter Verschluss«.² 13 % der deutschen Wahlbevölkerung, so zitierte der SPIEGEL wörtlich aus dem Abschlussbericht, »haben ein ideologisch geschlossenes rechtsextremes Weltbild, dessen Hauptstützen ein nationalsozialistisches Geschichtsbild, Haß auf Fremdgruppen, Demokratie und Pluralismus sowie eine übersteigerte Verehrung von Volk, Vaterland und Familie sind«. Zudem billige »fast die Hälfte dieser Rechtsextremisten, nämlich etwa sechs Prozent der Wahlbevölkerung, [...] politisch motivierte Gewalt bis hin zum Terror gegen Menschen«.

Der Artikel referierte noch detaillierter aus den Ergebnissen der Untersuchung, mit der das Kanzleramt das zu diesem Zeitpunkt noch weitgehend unbekannt »Sozialwissenschaftliche Institut Nowak und Sörgel« (Sinus) beauftragt hatte. Doch es war vor allem die Zahl von 13 % Rechtsextremisten, die in den folgenden Tagen für Furore sorgte. Nicht nur in der Bundesrepublik griffen sie Zeitungen – von der Frankfurter Allgemeinen Zeitung über die Süddeutsche Zeitung bis hin zur Regionalpresse in Nord-, West- und Süddeutschland – auf und verbreiteten die Nachricht von den 5,5 Millionen rechtsextremen Bundesbürgern.³ Gleiches taten die in der Bundeshauptstadt ansässigen Korrespondent:innen der Auslandspresse, die die Zahl rasch international bekannt machten. Nur einen Tag nach Erscheinen des SPIEGEL-Artikels berichtete etwa »die gesamte kanadische Presse in teilweise großer Aufmachung mit Hitler-Fotos über eine im ›Spiegel‹ veröffentlichte oder besprochene Meinungsumfrage«, wie die überraschte Botschaft aus Ottawa nach

1 Dieser Artikel entstand im Rahmen des von der Gerda Henkel Stiftung finanzierten Forschungsprojekts »Verborgene Stimmen der Demokratie. Politische Repräsentationen des ›Volkes‹ in der Bundesrepublik, 1945–2000«, der ich für die Finanzierung meiner Forschungen zur Sinus-Studie danke. Für hilfreiche Kritik und Anregungen danke ich den Herausgeber:innen des Bandes und Hanne Leßau.

2 Dieses Zitat und folgende: »Haß auf Fremde und Demokratie«, in: Der SPIEGEL, 16.3.1981, S. 51–60, hier: S. 51.

3 Vgl. die Pressezusammenstellung des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung, Recherche zum Thema: »›Spiegel‹-Umfrage: Rechtsextremismus (Sinus-Institut)«, 6.4.1981, Bundesarchiv Koblenz (BArch), B 136/13322, Bd. 3.

Bonn meldete.⁴ Ähnlich sah es laut den Berichten weiterer Botschaften in anderen Ländern aus.⁵

Alarmierende Medienberichte über die extreme Rechte der Bundesrepublik, insbesondere zur Gewalt von Wehrsportgruppen und anderen rechtsterroristischen Organisationen beschäftigten die deutsche und internationale Öffentlichkeit zu dieser Zeit bereits seit einigen Jahren. Nicht zuletzt das verheerende Sprengstoffattentat auf das Münchener Oktoberfest mit 13 Toten und über 200 Verletzten hatte im September 1980 im In- und Ausland zu intensiven Diskussionen geführt, die beim Bekanntwerden der Studienergebnisse erst wenige Monate zurücklagen. Die Studie aus dem Kanzleramt erschien also in einer Situation, in der nach der weitgehenden Stille, die sich mit dem Scheitern der NPD bei der Bundestagswahl 1969 um die extreme Rechte öffentlich eingestellt hatte, wieder intensiv und kontrovers über die Bedrohung der bundesrepublikanischen Demokratie von rechts diskutiert wurde. Insofern zogen die Zahlen von 13 % und 6 % ihre Brisanz gerade daraus, als sie sich nahtlos in eine laufende Debatte einfügen ließen.⁶ Mit den Studienergebnissen, so unterstrich schon der SPIEGEL, werde erstmals »das Ausmaß des rechten ›Gewaltpotentials‹« sichtbar, zu dem, im Unterschied zur »Sympathisanten-Szene linker Terroristen«, ausgesprochen unterschiedliche Einschätzungen bestanden.⁷ Die »Annahme, der Terror von rechts sei lediglich eine Sache von Einzelgängern oder Wirrköpfen«, die in der Diskussion um das Oktoberfestattentat etwa von der bayrischen Staatsregierung stark gemacht worden war, ließe sich mit den Untersuchungsergebnissen nicht mehr halten. Entsprechend kontrovers wurde in den folgenden Wochen über sie gestritten.

Die vom Kanzleramt in Auftrag gegebene Studie wurde damit zunächst in der Tagespresse, bald aber auch in der Fachöffentlichkeit zum Gegenstand eines heftigen Streits, der die öffentliche Auseinandersetzung mit der extremen Rechten in der Bundesrepublik langfristig veränderte. Er machte die rasch unter dem Namen ihrer Macher als »Sinus-Studie« allgemein bekannte Untersuchung nicht nur zu einem frühen Klassiker der Rechtsextremismusforschung, deren Ergebnisse noch heute zitiert werden.⁸ Mit ihm wurde die Studie zugleich zum Ausgangspunkt einer sich in der Folge ausbildenden »Einstellungsforschung«, die in den 1980er- und vor allem 1990er-Jahren zu einem wichtigen Feld der Rechtsextremismusforschung und einem ihrer »öffentlich am stärksten wahrgenommenen Forschungsbereiche« aufstieg.⁹ Bis heute prägen Meinungsumfragen die öffentliche und wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der extremen Rechten tiefgreifend.

4 Pressefernschreiben der Botschaft Ottawa, 17.3.1981, BAArch, B 136/13322, Bd. 2.

5 Vgl. die weiteren Pressefernschreiben deutscher Botschaften in ebd.

6 Zur Diskussion um das Oktoberfestattentat vgl. *Clemens Gussone*, Reden über Rechtsradikalismus. Nicht-staatliche Perspektiven zwischen Sicherheit und Freiheit (1951–1989), Göttingen 2020, S. 319–329.

7 Dieses und folgendes Zitat: »Haß auf Fremde und Demokratie«, in: Der SPIEGEL, 16.3.1981, S. 51–60, hier: S. 51.

8 Vgl. etwa *Christoph Schulze*, Rechtsextremismus. Gestalt und Geschichte, Wiesbaden 2021, S. 192 f.

9 *Fabian Virchow*, »Rechtsextremismus«. Begriffe, Forschungsfelder, Kontroversen, in: *ders./Martin Langebach/Alexander Häusler* (Hrsg.), Handbuch Rechtsextremismus, Wiesbaden 2016, S. 5–41, hier: S. 6.

Wie kam es dazu? Wie entstand um 1980 die Idee, das Ausmaß »rechtsextremer Einstellungen« innerhalb der Bevölkerung mithilfe der Demoskopie zu quantifizieren? Wie gingen die Macher der Studie dabei vor? Welche Vorstellung von der extremen Rechten legten sie zugrunde? Welche Rolle kam den politischen Auftraggebern und ihren Interventionen in das Forschungsprojekt zu? Wie entstanden dabei im Zusammenspiel von Wissenschaft und Politik die Zahlen von 13 % und 6 %? Und wie veränderte die demoskopische Perspektive langfristig die öffentliche und die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der extremen Rechten in der Bundesrepublik? Diesen Fragen gehe ich im Folgenden nach.

In der genauen Auseinandersetzung mit der Sinus-Studie geht es mir also nicht um eine Überprüfung ihrer Ergebnisse, deren Gültigkeit innerhalb der Rechtsextremismusforschung durchaus umstritten ist.¹⁰ Einer solchen Sekundäruntersuchung wären auch ausgesprochen enge Grenzen gesetzt, da die Forschungsdaten der Sinus-Studie nur noch unvollständig greifbar sind. Teile wurden noch während der Projektlaufzeit vernichtet.¹¹ Eine Übernahme der Umfragedaten in das Zentralarchiv für empirische Sozialforschung in Köln scheiterte mehrfach am Einspruch der Bundesregierung.¹² Und auch im Unternehmensarchiv des Sinus-Instituts finden sich heute zu diesem Forschungsprojekt keine Dokumente mehr.¹³ Greifbar sind nur noch die für ihre Unvollständigkeit wiederholt kritisierte Veröffentlichung der Sinus-Studie, die im Sommer 1981 in der populären Sachbuchreihe »rororo-aktuell« erschien, sowie die Projektakten des Bundeskanzleramts, die im Bundesarchiv Koblenz einsehbar sind.¹⁴ Sie enthalten neben dem Schriftverkehr zur Beauftragung, Begleitung und politischen Bewertung des Projekts verschiedene Zwischenberichte des Sinus-Instituts, die zumindest eine genauere Rekonstruktion des Ablaufs der Studie und ihres methodischen Vorgehens erlauben, als es bisherigen Auseinandersetzungen mit der Sinus-Studie möglich war.¹⁵ Auf dieser Grundlage lässt sich die Sinus-Studie als wichtiges Moment in der Auseinandersetzung mit der extremen Rechten lesen, der sie um 1980 einen neuen Dreh verlieh. Presse- und Fachveröffentlichungen ergänzen die Überlieferung des Kanzleramts.

10 Vgl. etwa *Alexander Klärner/Michael Kohlstruck*, Rechtsextremismus – Thema der Öffentlichkeit und Gegenstand der Forschung, in: *dies.* (Hrsg.), *Moderner Rechtsextremismus in Deutschland*, Hamburg 2006, S. 7–41, hier: S. 18 f.

11 So etwa die Aufzeichnungen der Tiefeninterviews mit 45 Rechtsextremisten, vgl. *Kurt Reumann*, Studie über Rechtsextremismus: Fallen statt Fragen, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 21.4.1981.

12 Vgl. Vermerk betr. Bitte von Prof. E. K. Scheuch (Uni Köln) um Überlassung des Datenmaterials der Rechtsextremismus-Studie, 23.6.1981, BArch, B 136/13322, Bd. 3; Vermerk betr. Sinus-Studie über Rechtsextremismus, 3.3.1986, ebd., Bd. 4.

13 Auskunft von Berthold Bodo Flaig, Sinus Markt- und Sozialforschung GmbH, vom 22.6.2023.

14 SINUS Markt- und Sozialforschung, 5 Millionen Deutsche: »Wir sollten wieder einen Führer haben...«. Die SINUS-Studie über rechtsextremistische Einstellungen bei den Deutschen, Reinbek 1981.

15 Vgl. vor allem *Marc Grimm*, *Rechtsextremismus. Zur Genese und Durchsetzung eines Konzepts*, Weinheim 2018, S. 217–234; *Klärner/Kohlstruck*, *Rechtsextremismus – Thema der Öffentlichkeit und Gegenstand der Forschung*, S. 17–20; *Viola Neu/Sabine Pokorny*, *Extremistische Einstellungen und empirische Befunde*, in: *Eckhard Jesse/Tom Mannewitz* (Hrsg.), *Extremismusforschung. Handbuch für Wissenschaft und Praxis*, Baden-Baden 2018, S. 161–203.

I. Aktivismus, Wissenschaft und Politik: Rechtsextremismus und Demoskopie um 1980

Anders als es in vielen sozialwissenschaftlichen Texten zur Sinus-Studie erscheint, entstand die Idee, das Ausmaß rechtsextremer Einstellungen mit den Mitteln der Meinungsforschung zu quantifizieren, nicht aus dem Nichts. Sie war vielmehr das Ergebnis sowohl politischer als auch wissenschaftlicher Entwicklungen, die in der Vergabe des Forschungsauftrags durch das Bundeskanzleramt im Frühjahr 1979 zusammenkamen. Den unmittelbaren Anstoß gab eine neue Aufmerksamkeit, mit der sich am Ende der 1970er-Jahre insbesondere politische Aktivist:innen aus dem Umfeld der SPD und der Gewerkschaften sowie kritische Journalist:innen und Wissenschaftler:innen der extremen Rechten zuwandten. Ihre Sorgen vor einer »Renaissance neonazistischer Gruppen und Aktivitäten« waren im Sommer 1977 durch einen Brief des SPD-Vorsitzenden Willy Brandt öffentlich geworden, der an Bundeskanzler Helmut Schmidt geschrieben hatte. Brandt berichtete von beim Parteivorstand der SPD eingehenden »Klagen über Treffen von sogenannten Kameradschaftsbünden, rechtsextremen Kampfbünden« und anderen »politischen Gruppen«, die »öffentlich nazistische Symbole« zeigen würden.¹⁶ Der Brief, der auch international hohe Wellen schlug, stieß in der Bundesrepublik auf breite Ablehnung. CDU-Politiker:innen schimpften, dass Brandt »einen ›Neonazismus‹ beschwör[e], auch wenn es weit und breit keinen zu sehen gibt!«. ¹⁷ Es gebe »keinen ernstzunehmenden Beleg – und schon gar keinen Hinweis aus irgendeinem Wahlergebnis – dafür, dass sich hierzulande eine politische Bewegung vom Schlege der NSDAP formieren könnte«. Und auch die Bundesregierung hielt Brandts »Vorwurf für nicht gerechtfertigt, die für die Verfolgung rechtsradikaler Aktivitäten zuständigen Behörden würden [...] nicht genug tun.«¹⁸ In ihrem ebenfalls im Sommer 1977 veröffentlichten Verfassungsschutzbericht für das vorangegangene Jahr hatte sie den »Rechtsextremismus« gerade als »seit langem politisch nahezu bedeutungslos« beschrieben.¹⁹

Um die Dimension des Problems gegen solche Einwände sichtbar zu machen, machten sich Aktivist:innen in und außerhalb der SPD, Journalist:innen und andere kritische Beobachter:innen an eine eigene Dokumentation des neuen »Neonazismus«, die sich zunächst noch stark auf die auch von Brandt angesprochenen Aktivitäten extrem rechter Organisationen konzentrierte. Doch bald fielen auch zahlreiche Erscheinungen auf, die sich nicht jenem organisatorischen Feld am rechten Rand des politischen Spektrums zurechnen ließen, auf das sich die Auseinandersetzung mit der extremen Rechten in der Bundesrepublik seit den 1950er-Jahren konzentrierte.²⁰ Hierzu gehörten rassistische Parolen, Flugschriften und Hakenkreuz-

16 *Willy Brandt/Helmut Schmidt*, Partner und Rivalen. Der Briefwechsel (1958–1992), hrsg. v. *Meik Woyke*, Bonn 2015, S. 733 f.

17 Hier und folgendes Zitat: Pressedienst der CDU/CSU-Fraktion, 22.8.1977: Beitrag des Bundestagsabgeordneten Willi Weiskirch zur Warnung des SPD-Vorsitzenden Willy Brandt, Pressedokumentation des Deutschen Bundestags, 075–20–0, Bd. 4 (1.1.1970–6.2.1980).

18 Brandts Sorgen über Neonazis werden in Bonn nicht geteilt, in: *Die Welt*, 20.8.1977.

19 Der Bundesminister des Innern (Hrsg.), betrifft: Verfassungsschutz '76, Bonn 1977, S. 4.

20 Dies gilt gleichermaßen für die bundesrepublikanischen Sicherheitsbehörden wie für die öffentliche Debatte, vgl. hierzu *Friedrich Kiessling/Christoph Safferling*, Staatsschutz im Kalten Krieg. Die Bundesanwaltschaft zwischen NS-Vergangenheit, Spiegel-Affäre und RAF, München

Schmierereien, Türken- und Judenwitze sowie antisemitische Bemerkungen, die in verschiedenen Zusammenhängen beobachtet wurden, oder der publizistische Absatz, den geschichtsrevisionistische und andere extrem rechte Schriften im Zuge der öffentlich bereits diskutierten »Hitler-Welle« erreichten.²¹ Bei manchen der neu entstehenden grünen Bürgerinitiativen beobachtete man völkische und rassistische Äußerungen wie auch in der Rockmusik. Und besondere Aufmerksamkeit erregte, dass sich »Nazi-Begeisterung« und »Ausländerfeindlichkeit« auch unter Kindern und Jugendlichen ausmachen ließen.²² Jugendsekten wurden dabei ebenso als mögliche Formen des Rechtsextremismus diskutiert wie Formen popkulturellen Fantums. Hinzu kamen die selbst mit Nachdruck in die Öffentlichkeit drängenden »Neonazis«, deren offenes Auftreten in der Tradition des Nationalsozialismus, deren sich bis hin zu Terrorismus steigende Gewalttätigkeit und deren jugendliches Alter Beobachter:innen gleichermaßen schockierte.²³

Diese Beobachtungen unterliefen die Verweise auf Wahlergebnisse und die offiziellen Bewertungen des Verfassungsschutzes, mit denen nicht nur in der Erwidern auf den Brandt-Brief die Bedrohung durch die extreme Rechte als gering eingeschätzt wurde. Entsprechend umstritten war ihre politische Bewertung: Handelte es sich bei diesen Erscheinungen überhaupt um »Rechtsextremismus«? Und wenn ja, waren sie nur unbedeutende »Randerscheinungen« oder Anzeichen einer rechtsextremen »Renaissance«, die gerade deshalb bedrohlich sei, weil sie sich nicht am Rand des politischen Spektrums, sondern »in der Mitte der Gesellschaft« ereigne?²⁴ Das Problem, vor dem die Bundesrepublik stehe, fasste es Anfang 1979 ein einflussreicher Bericht über die »neonazistischen Aktivitäten« des Vorjahres, läge gegenwärtig »nicht in der Existenz und Agitation [...] antidemokratischer Kräf-

2021, S. 341–387; *Constantin Goschler/Michael Wala*, »Keine neue Gestapo«. Das Bundesamt für Verfassungsschutz und die NS-Vergangenheit, Reinbek 2015, S. 275–298; *Gussone*, Reden über Rechtsradikalismus, S. 49–238. Zur Perspektiverweiterung in der Beobachtung des Rechtsextremismus vgl. die Unterschiede in den einflussreichen Berichten des »Pressedienstes Demokratische Initiative« (PDI) zu den Jahren 1977 (Bericht über neonazistische Aktivitäten 1977. Eine Dokumentation [PDI-Sonderheft, Nr. 2], München 1978) und 1978 (Bericht über neonazistische Aktivitäten 1978. Eine Dokumentation [PDI-Taschenbuch, Nr. 1], München 1979). Zum PDI vgl. den Aufsatz von Yves Müller in diesem Band.

21 *Tobias Becker*, Er war nie weg. »Hitler-Welle« und »Nazi-Nostalgie« in der Bundesrepublik der 1970er-Jahre, in: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History* 18, 2021, H. 1, S. 44–72.

22 Nazi-Begeisterung bei Jugendlichen schockiert Pädagogen und Politiker, in: *Frankfurter Neue Presse*, 15.4.1978. Ausführlich hierzu *Till Kössler*, Antifaschistisches Klassenzimmer? Schule, Rechtsextremismus und Demokratie nach »Achtundsechzig«, in: *Tim Schanetzky/Tobias Freimüller/Kristina Meyer* u. a. (Hrsg.), *Demokratisierung der Deutschen. Errungenschaften und Anfechtungen eines Projekts*, Göttingen 2020, S. 206–219.

23 Ausführlich hierzu *Hendrik Puls/Fabian Virchow* (Hrsg.), *Rechtsextremismus in der alten Bundesrepublik. Historische und sozialwissenschaftliche Perspektiven*, Wiesbaden 2023.

24 Auf diesen Gegensatz brachte 1980 der Titel eines Sammelbandes den gegenwärtigen Diskussionsstand: *Wolfgang Benz* (Hrsg.), *Rechtsradikalismus: Randerscheinung oder Renaissance?*, Frankfurt am Main 1980. Zitat »in der Mitte der Gesellschaft«: *Alwin Meyer/Karl-Klaus Rabe*, *Unsere Stunde wird kommen. Rechtsextremismus unter Jugendlichen*, Bornheim-Merten 1980, S. 135.

te«. Die Frage sei, »wie immun sich weite Kreise der Bevölkerung gegen rechtsradikale Agitation erweisen« würden.²⁵

Belastbare Hinweise dafür, wie es um diese Immunität bestellt sei, suchten Aktivist:innen, Journalist:innen und Wissenschaftler:innen in besonderer Weise in den »Ergebnisse[n] der Demoskopie«.²⁶ »Meßbare Anhaltspunkte« für Vermutungen zur gesellschaftlichen Akzeptanz des Rechtsextremismus, so erklärte etwa der Historiker Wolfgang Benz ein Jahr vor dem Bekanntwerden der Sinus-Studie, ließen sich »am ehesten« hier finden. Das Vertrauen, das er, aber auch viele politische Aktivist:innen dabei in die Meinungsforschung setzten, war Ausdruck der »Institutionalisierung der demoskopischen Dauerberichterstattung [...] am Ende der siebziger Jahre«, mit der sich die Meinungsforschung in der Bundesrepublik im Verlauf des Jahrzehnts aus ihren Ursprüngen in der Wahl- und Wählerforschung emanzipiert hatte.²⁷ Umfragen waren nicht mehr nur bei Wahlen »zu einem alles usurpierenden Mechanismus« gesellschaftlicher Selbstbeobachtung geworden, mit dem »demoskopisches Wissen zur Grundlage politischer Kommunikation« aufgestiegen war. Entsprechend begannen kritische Wissenschaftler:innen, Journalist:innen und Aktivist:innen damit, sie auch für die Beschäftigung mit der extremen Rechten zu mobilisieren. Meinungsumfragen fanden damit schon deutlich vor der Sinus-Studie einen Platz in der öffentlichen Auseinandersetzung mit der extremen Rechten. Der Schriftsteller Bernt Engelmann etwa, der die Einleitung zu dem zitierten Bericht über die Aktivitäten des Jahres 1978 verfasste, nutzte gleich eine ganze Reihe von »Repräsentativumfragen«, um auf die »Verzahnung zwischen Neonazismus und angeblich ›demokratischer Mitte‹« aufmerksam zu machen, die er als eigentliche Gefahr des Neonazismus kennzeichnete.²⁸

In den demoskopischen Veröffentlichungen der vorangegangenen Jahre waren allerdings nur indirekte Aufschlüsse zum gesellschaftlichen Rückhalt der extremen Rechten zu finden. Anführen ließen sich vor allem Befragungen, die eine positive Einschätzung des Nationalsozialismus in Teilen der Bevölkerung zeigten. Wolfgang Benz etwa verwies auf die Zustimmungsraten, die die zwischen 1962 und 1975 immer wieder gestellte Frage gefunden hatte, ob »Hitler ohne den Krieg einer der größten Staatsmänner gewesen wäre«.²⁹ Besonders viel Aufmerksamkeit fand ebenso die gemessene Zustimmung zu der sich auf einen noch deutlich längeren Zeitraum beziehenden Frage, ob der Nationalsozialismus eine nur schlecht ausgeführte Idee gewesen sei.³⁰ Auch Meinungsumfragen, die nach antisemitischen oder »aus-

25 Bericht über neonazistische Aktivitäten 1978, S. 5.

26 Hier und folgendes Zitat: *Wolfgang Benz*, Die Opfer und die Täter. Rechtsextremismus in der Bundesrepublik, in: *ders.*, Rechtsradikalismus: Randerscheinung oder Renaissance?, S. 9–40, hier: S. 18.

27 Hier und folgendes Zitat: *Anja Kruke*, Demoskopie in der Bundesrepublik Deutschland. Meinungsforschung, Parteien und Medien 1949–1990, Düsseldorf 2012, S. 505 und 433.

28 *Bernt Engelmann*, Neonazismus – Keine Gefahr?, in: Bericht über neonazistische Aktivitäten 1978, S. 9–11, hier: S. 11.

29 *Benz*, Die Opfer und die Täter, S. 18.

30 Vgl. etwa *Bernd Weber*, Zur Aufklärung über Neonazismus und ›Hitlerwelle‹ – Materialien, in: *Anneliese Mannzmann* (Hrsg.), Hitlerwelle und historische Fakten. Mit einer Literaturübersicht und einer Materialsammlung zum Neonazismus, Königstein im Taunus 1979, S. 105–179, hier: S. 162 f.

länderfeindlichen« Einstellungen fragten, dokumentierten deren durchaus weitgehende gesellschaftliche Verbreitung.³¹

Doch der Hinweis, dass »antipluralistisch[e] und antidemokratisch[e] Grundüberzeugungen« unter den Westdeutschen verbreitet waren, war am Ende der 1970er-Jahre keine überraschende Erkenntnis.³² Die Vermutung, dass unter den Deutschen »rechtsradikale Neigungen schlummern könnten, die keinen Niedererschlag in den Mitgliederzahlen rechtsextremer Gruppen oder dem Stimmanteil nationalistischer Parteien bei Wahlen« fanden, hatte die Bundesrepublik vielmehr seit ihrer Gründung begleitet.³³ Mit der Wahl- und Wählerforschung zur NPD, deren Aufstieg in der zweiten Hälfte der 1960er-Jahre auch die Sozialwissenschaften mobilisierte, fand sie auch empirische Bestätigung. Ihre Wähler:innenbefragungen hatten vor allem gezeigt, dass »the general spread of anti-liberal attitudes was by no means restricted to NPD sympathisers«. ³⁴ Weder konnte eine »einfache Beziehung zwischen einer bestimmten sozialen Lage und der Tendenz zum extremistischen Wählen« festgestellt noch gesellschaftliche »Großgruppen« identifiziert werden, »die generell immun gegen Extremismus« waren.³⁵ Für Einschätzungen zur Bedrohung der bundesrepublikanischen Demokratie galt der Verweis auf die allgemeine Verbreitung antidemokratischer Einstellungen deshalb als wenig aussagekräftig. »Zweckmäßiger« hierfür schien die Frage, »unter welchen Bedingungen [...] das Potential für politischen Extremismus in einer Bevölkerung relevant für die Machtfrage in einem politischen System« war, also eine Bestimmung der konkreten »Wahlchancen« der NPD und ihres »Wählerpotentials«. ³⁶

An dessen Vermessung hatten sich erste Studien noch versucht, bevor dieser Forschung dann mit den nach 1969 rasch wieder marginalen Ergebnissen der Partei bei Bundes- und Landtagswahlen sowohl ihr Gegenstand wie ihre Datengrundlage abhanden kam.³⁷ Auch deshalb ließ sich auf ihren Ergebnissen am Ende des Jahrzehnts kaum mehr aufbauen, zumal politische und wissenschaftliche Beobachter:innen um 1980 auch vor einem ganz anderen Problem standen. Während die frühere »Rechtsradikalismusforschung«, so erklärten es 1978 die drei Politikwissenschaftler Wolfgang Gessenharter, Helmut Fröchling und Burkhard Krupp, von »mehr oder weniger einfach und eindeutig beschreibbaren Phänomenen [...], nämlich die Anzahl der für eine als rechtsextrem geltenden Partei bei einer Wahl abgegebenen Stimmen« ausgegangen sei, um dann »triftige Erklärungen für ihr

31 Vgl. etwa *Badi Panahi*, Vorurteile. Rassismus, Antisemitismus, Nationalismus in der Bundesrepublik heute. Eine empirische Untersuchung, Frankfurt am Main 1980.

32 *Erwin K. Scheuch*, Politischer Extremismus in der Bundesrepublik, in: *Richard Löwenthal/Hans-Peter Schwarz* (Hrsg.), Die zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland – eine Bilanz, Stuttgart 1974, S. 431–469, hier: S. 435.

33 Erfahrungen aus der Beobachtung und Abwehr rechtsradikaler und antisemitischer Tendenzen im Jahr 1962, in: *APuZ* 13, 1963, H. 14, S. 3–21, hier: S. 3.

34 *Hans-Dieter Klingemann*, Research into Right-Wing Radicalism, in: *Patterns of Prejudice* 2, 1968, Nr. 3, S. 3–10, hier: S. 3.

35 *Scheuch*, Politischer Extremismus in der Bundesrepublik, S. 450.

36 Ebd., S. 434.

37 Vgl. vor allem *Hans-Dieter Klingemann/Franz U. Pappi*, Politischer Radikalismus. Theoretische und methodische Probleme der Radikalismusforschung, dargestellt am Beispiel einer Studie anlässlich der Landtagswahl 1970 in Hessen, München/Wien 1972.

Vorhandensein [zu] finden«, sei man heute in einer grundsätzlich anderen Lage. Angesichts der sich gerade nicht in Wahlstimmen ausdrückenden rechtsextremen Konjunktur müsse man auf »sehr viel ›indirektere‹ Verfahren zur Erfassung von Rechtsextremismus zurückgreifen«. Meinungsforscher könnten nicht mehr von einem »als bekannt vorausgesetzten Explanandum ausgehen«, sondern seien gezwungen, den eigenen »Analysegegenstand erst eigentlich durch einen wissenschaftlichen Forschungsprozeß beschreibbar« zu machen.³⁸

Den drei Politikwissenschaftlern standen dabei die Schwierigkeiten eines konkreten Falls vor Augen, der sich an der Hochschule der Bundeswehr ereignet hatte, wo Gessenharter und Fröchling lehrten. Die Hochschule war, wie es die Wissenschaftler um Nüchternheit bemüht schrieben, Ende 1977 »in die Pressespalten und Nachrichtensendungen [geraten], weil sich unter einigen studierenden Offizieren Vorfälle ereignet hatten, die als antisemitistisch interpretiert worden sind.«³⁹ In der Öffentlichkeit waren die Vorfälle entweder als »Dummejungenstreiche« oder als »Spitze eines Eisbergs« interpretiert worden – Erklärungen, die Gessenharter und seinen Kollegen gleichermaßen nicht einleuchteten. Mithilfe von bereits 1976 zu anderen Zwecken erhobenen Umfragedaten wollten sie deshalb jene »Subkultur« unter den studierenden Offizieren identifizieren, die »rechtsextremem« Gedanken- gut gegenüber aufgeschlossen sein könnte«. Sie standen dabei aber vor dem Problem, zur Ausmessung dieses »Rechtsextremismus-Potential[s] unter der zukünftigen Bundeswehrführungsschicht« klären zu müssen, was mit dem Ausdruck rechts- extrem eigentlich gemeint war und wie sich dies in den Umfragedaten auffinden ließ.⁴⁰

Mit dem gleichen Problem rangen am Ende der 1970er-Jahre auch andere Sozialwissenschaftler, die die Sorge vor einer Renaissance der extremen Rechten ebenfalls zum Anlass für empirische Untersuchungen nahmen. An der Universität Bielefeld machte sich etwa der Soziologe Werner Habermehl daran, »das Potential der Befürworter rechter und rechtster Politik etwas sorgfältiger auszuloten, als dies durch das Auszählen von Wählerstimmen geschehen kann.«⁴¹ Seine Ergebnisse zur »Verbreitung rechter und rechtsextremer Ideologie in der Bundesrepublik« legte er 1979 unter dem zugkräftigen Titel »Sind die Deutschen faschistoid?« in der Sachbuchreihe des »Hoffmann und Campe Verlags« einem breiten Publikum vor. Dem Problem einer exakten Quantifizierung wich Habermehl dabei aus, stellte die in der Befragung überwiegend frei formulierten Antworten vielmehr detailliert vor und überließ es bewusst »dem Leser [...], das Bild, das sich aus den ihm angebotenen Mosaiksteinen ergibt, zu deuten.«⁴² Nur wenige Wochen vor dem Erscheinen dieser Studie, die durchaus einige Beachtung in der Presse fand, hatte in Bonn das

38 Wolfgang Gessenharter/Helmut Fröchling/Burkhard Krupp, *Rechtsextremismus als normativ-praktisches Forschungsproblem. Eine empirische Analyse der Einstellungen von studierenden Offizieren der Hochschule der Bundeswehr Hamburg sowie von militärischen und zivilen Vergleichsgruppen*, Weinheim/Basel 1978, S. 15 und 19.

39 Hier und folgende Zitate: ebd., S. 9.

40 Ebd., S. 8.

41 Werner Habermehl, *Sind die Deutschen faschistoid? Ergebnisse einer empirischen Untersuchung über die Verbreitung rechter und rechtsextremer Ideologien in der Bundesrepublik Deutschland*, Hamburg 1979, S. 8.

42 Ebd., S. 33.

Bundeskanzleramt das Sinus-Institut beauftragt, abseits der Öffentlichkeit den »Ursachen des Rechtsextremismus und möglichen Gegenstrategien« mit den Mitteln der Demoskopie nachzugehen.

II. Entstehung und Planung der Sinus-Studie

Auch in der Überlieferung des Kanzleramts zeigt sich dabei, wie unmittelbar die Sinus-Studie trotz der offiziellen Zurückweisung des Brandt-Briefs 1977 in der neuen, aktivistischen Aufmerksamkeit für die extreme Rechte gründete. Die ersten Überlegungen, die das in der Planungsabteilung des Kanzleramts angesiedelte Referat 512 (»Politische Analysen«) im Januar 1979 für ein Gutachten zum »Rechtsextremismus« zu Papier brachte, begründeten dessen Notwendigkeit explizit mit den »in der letzten Zeit vermehrt [zu registrierenden] Anzeichen [...], die auf bedeutsame Veränderungen am äußersten rechten Rand des politischen Spektrums hindeuten«. Neben der »zunehmende[n] Kriminalität rechtsextremistischer Organisation« und einer »steigende[n] Auflage nationalsozialistischer Propagandaliteratur« zählte auch das Kanzleramt hierzu insbesondere »ein offenbar anwachsendes Bedürfnis nach autoritär fixierten Identifikationsmustern« unter jungen Menschen, das etwa in »Jugendsekten zum Ausdruck kommt« oder in der »»Hitlerwelle« an Schulen und Jugendheimen«. ⁴³ In gleicher Weise stellte auch die wenige Tage später beim Kanzleramt eingereichte Projektskizze des Sinus-Instituts in besonderem Maße die »neuen Formen von Rechtsextremismus« heraus, die derzeit in der öffentlichen Diskussion seien und mit denen sich die grundsätzliche Frage stelle, was »Rechtsextremismus« gegenwärtig sei. War nicht vielleicht, so fragte das Institut, »die Hinwendung zum ›Punk-Rock‹ [...] viel eher Indikator für ›Rechtsextremismus‹ (in neuen, rudimentären Formen) [...] als Hakenkreuze an der Schultafel«? ⁴⁴ Der »»klassische«, an den Erscheinungsformen des 3. Reiches orientierte Rechtsextremismus« sei zwar keineswegs »obsolet«. »Wir haben aber allen Grund«, unterstrich die Skizze die Notwendigkeit des eigenen Forschungsvorhabens mit Nachdruck,

»auch diese Formen ernst zu nehmen und sie wissenschaftlich zu beobachten. Unser Petitionum ist, mögliche *neue* Formen des Rechtsextremismus in die Forschung einzubeziehen. Nur auf diese Weise scheint uns sozialwissenschaftliche Prognostik als Teil von Politikberatung überhaupt sinnvoll zu sein.« ⁴⁵

Die durch Aktivist:innen, Journalist:innen und Wissenschaftler:innen aufgeworfene Frage nach dem gesellschaftlichen Rückhalt des Rechtsextremismus hatte damit ihren Weg in die höchsten Regierungskreise gefunden. Gleich mehrfach verwies etwa das Sinus-Institut in seinem Projektantrag auf die zitierte Dokumentation für

⁴³ Referat 512, Erste Überlegungen zur Anlage des Gutachtens, 31.1.1979, BArch, B 163/163322, Bd. 1. Zur Rolle des Referats 512 vgl. die Hinweise in *Thomas Knoll*, Das Bonner Bundeskanzleramt. Organisation und Funktionen von 1949–1999, Wiesbaden 2004, S. 236–239 und 259.

⁴⁴ Sinus-Institut, Projektskizze »Rechtsextreme politische Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland«, Februar 1979, S. 5, BArch, B 163/163322, Bd. 1.

⁴⁵ Ebd., S. 6.

das Jahr 1978.⁴⁶ Mit der Vergabe des Projektauftrags im Frühjahr 1979 lenkten die Beamten des Kanzleramts diese Frage dann allerdings in Bahnen, die in den zurückliegenden Jahren mit Blick auf eine andere Bedrohung der Demokratie entstanden waren: auf den Linksterrorismus und sein gesellschaftliches Umfeld. Auf ihn hatte sich im Angesicht des vielfältigen Protestgeschehens von 1968 bereits in den frühen 1970er-Jahren das Interesse der empirischen Sozialforschung verschoben und sich mit dem bewusst außerparlamentarischen Agieren der »neuen Linken« dabei früh jenes Problem gestellt, vor dem nun auch Untersuchungen zum Rechtsextremismus standen: die Frage nach der Erfassung und Prognostik »unkonventionellen politischen Verhaltens« abseits der Wahlurne.⁴⁷ Konzepte hierzu hatte die Sozialforschung vor allem im Ausland, insbesondere in den USA gefunden, die Mitte der 1970er-Jahre über eine internationale Arbeitsgruppe in die deutschsprachige Diskussion eingebracht wurden.⁴⁸ Mit der zu dieser Zeit einsetzenden Förderung empirischer Untersuchungen zu Protest und Gewalt von links durch Bundesministerien und Kanzleramt gewannen Forschungen zum Zusammenhang von politischen Einstellungen, Protest und Gewalt in den 1970er-Jahren an Konjunktur. Nach dem »Deutschen Herbst« 1977 gipfelte sie in dem umfassenden, vom Bundesinnenministerium finanzierten Projekt »Analysen des Terrorismus«.⁴⁹

Forschungen zur linken Bedrohung der Demokratie brachten dabei nicht nur Konzepte und Forschungsstrategien hervor, die sich Ende des Jahrzehnts auch für die andere Seite des politischen Spektrums produktiv machen ließen; ein Transfer, den die Durchsetzung des Extremismus-Begriffs in der sozialwissenschaftlichen Debatte seit Mitte der 1970er-Jahre umso selbstverständlicher machte.⁵⁰ Im Kontext dieser politisch angestoßenen Forschungen hatten sich in dieser Zeit auch jene Akteure kennengelernt, die 1979 für die Sinus-Studie erneut zusammenfanden. Der Psychologe Horst Nowak, einer der beiden Leiter des Sinus-Instituts, hatte Mitte der 1970er-Jahre noch für das Meinungsforschungsunternehmen »Infratest Wirtschaftsforschung« an einem Forschungsprojekt über »Politischen Protest in der Bundesrepublik« gearbeitet, das mit einer »sozialempirische[n] Untersuchung des Extremismus« für das Bundesinnenministerium das linke »Protestpotential« in der Bundesrepublik numerisch ausgemessen hatte. Der akademische Begriff beschrieb, was politisch als Sympathisantenmilieu des Terrorismus gebrandmarkt wurde.

Auch nachdem Nowak 1978 zusammen mit dem bis dahin ebenfalls bei Infratest arbeitenden Demoskopon Werner Sörgel das gemeinsame Institut gegründet hatte,

46 Sinus-Institut, Rechtsextreme politische Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland. Entwurf eines sozialwissenschaftlichen Forschungsprogramms, März 1979, S. 7 und 9, BArch, B 136/163322, Bd. 1.

47 Scheuch, Politischer Extremismus in der Bundesrepublik, S. 452–457.

48 Vgl. etwa Max Kaase, Bedingungen unkonventionellen politischen Verhaltens in der Bundesrepublik Deutschland, in: Peter Graf Kielmansegg (Hrsg.), Legitimationsprobleme politischer Systeme, Opladen 1976, S. 179–216.

49 Vgl. hierzu Freia Anders/Alexander Sedlmaier, Legitimationsdiskurse und Gewaltbegriffe: Die Gewaltkommissionen der BRD, 1977–1990, in: Martin Löhnig (Hrsg.), Gegenwärtige Vergangenheit. Rechtsgeschichten aus den 1980er Jahren, Göttingen 2021, S. 63–91.

50 Ausführlich hierzu Grimm, Rechtsextremismus, S. 186–234.

blieben die Kontakte in die Bundesregierung eng.⁵¹ Zu den ersten Forschungsaufträgen, die das Institut erhielt, gehörte eine Untersuchung über den Zusammenhang von »universitärer Öffentlichkeit und Ursachen des Terrorismus«, die für das Kanzleramt die Sympathien von Studierenden für die »Rote Armee Fraktion« demoskopisch beschrieb. Die Idee zu einer weiteren Untersuchung über das gesellschaftliche Unterstützerumfeld des Rechtsextremismus entstand am Jahreswechsel 1978/79 am Rande dieses Forschungsprojekts und wurde dann auch ohne weitere Ausschreibung an das Sinus-Institut vergeben.⁵² Passend hierzu hatten sich die Beamten des Kanzleramts und Horst Nowak zur Besprechung der ersten Überlegungen für die spätere Sinus-Studie Anfang Februar 1979 »in Anschluss an die Präsentation des Gutachtens zur ›Universitären Öffentlichkeit‹« zusammengesetzt.⁵³

Auch die Ideen für das neue Forschungsvorhaben waren nachhaltig von den Erfahrungen aus der bisherigen Politikberatung geprägt. Auf der einen Seite entwarf Horst Nowak das neue Forschungsprojekt in scharfer Abgrenzung zu jenem Projekt über »politischen Protest«, an dem er noch wenige Jahre zuvor für Infratest selbst mitgewirkt hatte. Es hatte das »Protestpotential« der Bundesrepublik, zumal sein gewalttätiges, ganz überwiegend auf der linken Seite des politischen Spektrums verortet; nur »1,7 % der Befragten mit hohen Werten auf der Protestpotential-Skala« waren »auf dem Links-Rechts-Kontinuum [als] extrem rechts« identifiziert worden.⁵⁴ Nun sah Nowak in diesem Befund aber vor allem das Ergebnis einer in dem Projekt betriebenen »Suche nach *allgemeinen* Merkmalen extremen politischen Verhaltens«, die dessen »ideologisch[e] Konturen« nur unzureichend bedacht habe.⁵⁵ Tatsächlich hatte sich die in dem Projekt genutzte, aus der angloamerikanischen Forschung übernommene Protestpotenzial-Skala mit Fragen nach der »Beteiligung an Unterschriftenlisten«, »Teilnahme an Bürgerinitiative«, »Beteiligung an einem wilden Streik« oder »Besetzung von Fabriken, Ämtern und Gebäuden« eng an die politischen Aktivitätsformen der neuen Linken orientiert.⁵⁶ In einer »bewußte[n] Abwendung von der Suche nach *universell* messenden Instrumenten (Protest-Potential-Skala etc.)« sollte »das Projekt ›rechtsextreme politische Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland‹« deshalb nun »*spezifische* Instrumente zur Erforschung verschiedener Ausformungen des Rechtsextremismus entwickeln«, mit denen sich über diesen Bereich genauere Aussagen machen ließen.⁵⁷

51 Gleiches galt für die SPD, deren Wahlkampfstrategie die beiden Wissenschaftler mit ihren Gutachten in den 1970er-Jahren maßgeblich geprägt hatten, vgl. hierzu *Kruke*, Demoskopie in der Bundesrepublik Deutschland, S. 290–311.

52 Aktenvermerk für die Nichtausschreibung eines Projektes zur Erforschung der Ursachen des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik, 17.4.1979, BArch, B 136/163322, Bd. 1.

53 Vermerk betr. »Gutachten zu ›Rechtsextremismus‹«, 6.2.1979, BArch, B 136/163322, Bd. 1.

54 Infratest Wirtschaftsforschung, Politischer Protest in der Bundesrepublik Deutschland. Beiträge zur sozialempirischen Untersuchung des Extremismus, Stuttgart/Berlin etc. 1980, S. 51.

55 Sinus-Institut, Rechtsextreme politische Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland. Entwurf eines sozialwissenschaftlichen Forschungsprogramms, März 1979, S. 4, BArch, B 136/163322, Bd. 1.

56 Vgl. *Alan Marsh*, Explorations in Unorthodox Political Behaviour. A Scale to Measure »Protest Potential«, in: *European Journal of Political Research* 2, 1974, S. 107–129.

57 Sinus-Institut, Rechtsextreme politische Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland. Entwurf eines sozialwissenschaftlichen Forschungsprogramms, März 1979, S. 4, BArch, B 136/163322, Bd. 1.

Dabei orientierten sich Sinus-Institut und Kanzleramt auf der anderen Seite bei aller Kritik im Detail im grundsätzlichen Vorgehen weiterhin ausgesprochen eng an dem in den vergangenen Jahren erprobten Verfahren. Schon die Beamten des Kanzleramts schlugen in ihren eigenen Überlegungen einen mehrstufigen Forschungsprozess vor, der große Ähnlichkeiten etwa mit der Protest-Studie aufwies. Zunächst sollte in einer »Definitionsphase« eine »rechtsspezifische Protest-Potential-Skala« entwickelt werden, die dann in einer Repräsentativuntersuchung angewandt werden sollte.⁵⁸ Anschließend sollten ihre Ergebnisse in einer dritten Phase genauer analysiert werden. Im schließlich vereinbarten Projektablauf wurde dann noch ein weiterer Untersuchungsschritt eingefügt: Die in der ersten Phase entwickelte »Rechtsextremismus-Skala« sollte vor ihrer Anwendung zunächst noch selbst durch einen Pretest empirisch geprüft werden. Skalenentwicklung und Auswertung der Umfragedaten aus der Repräsentativbefragung sollte das Sinus-Institut leisten. Für die Durchführung der Befragungen wurde Infratest gewonnen, dem das Sinus-Institut weiterhin eng verbunden war.

III. Zahlen und Bedeutungen: Begriffsarbeit qualitativ und quantitativ

Die Arbeiten an dem Forschungsprojekt begannen im Sommer 1979 mit dem gleichen Problem, vor dem auch die Politikwissenschaftler der Bundeswehr-Hochschule gestanden hatten: wie sich das unklare, offenbar in Veränderung begriffene Phänomen »Rechtsextremismus« definitorisch fassen und in konkrete Statements kleiden ließ, zu denen Zustimmung und Ablehnung gemessen werden konnten. Das Sinus-Institut konnte hierzu allerdings weit mehr Aufwand betreiben, als es Wolfgang Gessenharter und seinen Kollegen möglich gewesen war, die mit bereits erhobenen Umfragedaten arbeiten müssen.⁵⁹ Die Mitarbeiter des Sinus-Projekts, zu denen neben Horst Nowak vor allem die beiden Sozialwissenschaftler Berthold Bodo Flaig und Jörg Ueltzhöffer gehörten, konnten sich hingegen von solchen Einschränkungen befreit an die Begriffsarbeit machen.

Das Institut ging dabei mehrere Wege. Es arbeitete *erstens* die bestehenden wissenschaftlichen Definitionen und Erklärungen zur extremen Rechten in einem Forschungsbericht auf, mit dem es das eigene Forschungsprojekt gegen aktuelle ähnliche Untersuchungen positionierte, insbesondere aber auch gegen die auf Theodor W. Adornos Forschungen zur »autoritären Persönlichkeit« zurückgehende Tradition der Autoritarismusforschung.⁶⁰ *Zweitens* erstellte es eine inhaltsanalytische Auswertung und Dokumentation rechtsextremer Schriften.⁶¹ Beides diente den Projektmitarbeitern auch zur Einarbeitung in ein ihnen weitgehend unbekanntes For-

58 Referat 512, Erste Überlegungen zur Anlage des Gutachtens, 31.1.1979, BArch, B 163/163322, Bd. 1.

59 Gessenharter/Fröchling/Krupp, Rechtsextremismus als normativ-praktisches Forschungsproblem, S. 87–100.

60 Sinus-Institut, Rechtsextreme politische Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland: Literaturbericht, Mai 1979, BArch, B 136/13323.

61 Sinus-Institut, Rechtsextreme politische Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland: Inhaltsanalyse und Dokumentation rechtsextremer Schriften, Juni 1979, BArch, B 136/13323.

schungsfeld, was sich etwa in der Zufriedenheit zeigte, mit der Berthold Flaig dem Kanzleramt von dem »Glück« berichtete, »teilweise äußerst interessantes Material« auch des »militantesten Rechtsextremismus« für die Schriftenauswertung »in die Hände« bekommen zu haben.⁶²

Am wichtigsten für die Ausformulierung des beabsichtigten Testinstruments waren dann jedoch *drittens* Interviews, die das Institut im Sommer 1979 mit 45 mehr oder weniger eindeutig rechtsextrem eingestellten Personen führte. Um dabei das gesamte Spektrum des gegenwärtigen Rechtsextremismus abzudecken, hatte Horst Nowak schon im Projektantrag eine Systematik des rechtsextremen Feldes der späten 1970er-Jahre entworfen, die fünf Teilgruppen unterschied: Neben den »rechtsextremen Organisationen mit Vorfeld-Charakter« und den »rechtsextremen Jugendgruppen«, die das »breite Feld ›klassische[r] rechtsextreme[r] Organisationen« beschrieben, gehörten hierzu als Ausdruck eines »neuen« Rechtsextremismus »rechtsextreme Ökogruppen«, »militante und rechtsterroristische Gruppen« sowie eine mit dem offenen Titel »neue rechtsextreme Formationen« benannte Kategorie, zu der etwa »Rocker«, aber auch die Mitglieder von Jugendsekten gezählt wurden.⁶³ Die Rekrutierung von Interviewpartner:innen aus diesen fünf Gruppen erwies sich im Frühsommer 1979 dann als »ausgesprochen schwierig«, insbesondere »bei den organisierten rechtsextremen Zielgruppen (NPD und rechts davon)«. ⁶⁴ Doch es gelang schließlich, Gesprächsteilnehmer:innen aus dem gesamten »breiten Spektrum der rechtsextremen und rechtsextremismus-verdächtigen Gruppierungen« zu gewinnen und dabei bis »in rechtsterroristische Kreise vorzudringen«.

Im Konkreten sprachen die Mitarbeiter des Instituts mit Mitgliedern der NPD und eines soldatischen Traditionsverbands (8 Personen) sowie mit Angehörigen der »Jungen Nationaldemokraten«, der »Wiking-Jugend«, mit Burschenschaftlern und unorganisierten rechten Schülern (13 Personen). Den Bereich der rechtsextremen Öko-Gruppen deckten sie mit Interviews mit Mitgliedern des neugermanisch orientierten »Bundes für Deutsche Gotterkenntnis« (Ludendorffer) und der »Grünen Liste Umweltschutz« (5 Personen) ab, das Feld des militanten und terroristischen Rechtsextremismus mit Gesprächen mit Angehörigen der terroristischen »Aktionsfront Nationaler Sozialisten« sowie mit »Nationalrevolutionären« aus der intellektuell orientierten »Neuen Rechten« (4 Personen). Hinzu kamen Gespräche mit Rockern, Punkern, einem NS-Devotionalien-Sammler sowie Mitgliedern der Mun-Sekte und der sogenannten Kinder Gottes, die in der öffentlichen Diskussion der 1970er-Jahre Aufmerksamkeit gefunden hatten (15 Personen).⁶⁵

Dabei handelte es sich bei den einzelnen Gesprächspartner:innen durchaus um prominente Personen. Der Zwischenbericht über die Interviews nannte zwar keine Namen, fügte der zusammenführenden Gesprächsauswertung aber einen exempla-

62 Schreiben von Sinus an das Bundeskanzleramt, 22.6.1979, BArch, B 136/13322, Bd. 1.

63 Sinus-Institut, Rechtsextreme politische Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland. Entwurf eines sozialwissenschaftlichen Forschungsprogramms, März 1979, S. 10, BArch, B 136/163322, Bd. 1.

64 Hier und folgendes Zitat: Sinus-Institut, Rechtsextreme politische Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland. Untersuchungsstufe I: Psychologische Vorstudie, September 1979, S. 4, BArch, B 136/13327.

65 Zur Zusammensetzung der Interviewgruppe vgl. ebd., S. 23.

rischen Interviewbericht über das Gespräch mit einem NPD-Funktionär an, der sich als Günter Deckert identifizieren lässt. Deckert war Ende der 1970er-Jahre Landesvorsitzender der Partei in Baden-Württemberg und als stellvertretender Bundesvorsitzender für Öffentlichkeitsarbeit und Propaganda der Partei verantwortlich. Der Gesprächsbericht nannte ihn den »Chef-Ideologen der Partei«. ⁶⁶ Auch im Bereich des militanten Neonazismus hatte das Institut Gesprächspartner aus dem Umfeld des »zur Zeit wohl bekanntesten Rechts-Terroristen Michael Kuehnen« gewinnen können. ⁶⁷ Darunter war auch eine »Mitkämpferin und Ex-Freundin« von Kühnen, die zum Zeitpunkt des Interviews mit einem der anderen Gesprächspartner verlobt war. Sie war eine von nur zwei Frauen, mit denen das Institut sprach.

Mit diesen Personen führte das Sinus-Institut drei- bis fünfstündige Interviews, die als »explorative anamnetische Fallstudien« angelegt waren. ⁶⁸ Eine unstrukturierte Gesprächsführung, die die »konkrete Lebenssituation der befragten Person« zum Ausgangspunkt nehmen sollte, galt dabei als Garant für die »Gewinnung authentischen Materials«. Ergänzend wurde den Befragten ein »standardisierte[s] Wertese[t] von 29 Einzelbegriffen« sowie eine Liste mit verschiedenen politischen Organisationen (Parteien, aber auch »Amnesty International«, »Bund der Vertriebenen«, »Wehrsportgruppe Hoffmann«, »Rote Armee Fraktion«) vorgelegt, mit denen das Institut ihre politische Selbstverortung maß. ⁶⁹ Die Gespräche umrissen ein ausgesprochen breites Feld an politischen Themen, das sich an der Auswertung des bestehenden Forschungsstands und dem in der Schriftenauswertung gewonnenen Eindruck orientierte. Als schwierig erwies sich vor allem die Erhebung von Angaben zur individuellen Lebenssituation und zu Persönlichkeitsmerkmalen. Insgesamt sammelte das Sinus-Institut im Juni und Juli 1979 so rund 160 Stunden Tonbandaufnahmen – aus seiner Sicht ein »umfassendes und vor allem *unverfälschtes* Inventar rechtsextremer Einstellungen«. ⁷⁰

Dieses Material wurde anschließend systematisiert. Die befragten Schüler und auch »die Mehrheit der Burschenschaftler [erwiesen] sich dabei in mehrfacher Hinsicht als ›konservative Kontrastgruppe«, die zwar etwa »durch die Betonung von Begriffen wie ›Volk und Vaterland‹ Affinitäten zum Rechtsextremismus« besäßen, jedoch im Gegensatz zu den anderen Befragten sowohl deutliche Distanz zum Nationalsozialismus gezeigt als sich auch mit der Bundesrepublik und ihrer »freiheitlich-demokratischen Grundordnung« identifiziert hätten. ⁷¹ Auch bei den »Persönlichkeitswerten« würden sich diese »Konservativen positiv von den anderen Gruppen ab[heben] (Personen ohne Selbstwertprobleme, intakte Beziehungen zur

66 Ebd., S. 73–97, hier: S. 73. Von 1991 bis 1996 war Deckert dann Bundespartei vorsitzender der NPD.

67 Hier und folgendes Zitat: Sinus-Institut, Rechtsextreme politische Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland. Untersuchungsstufe I: Psychologische Vorstudie, September 1979, S. 24 und 65, BArch, B 136/13327.

68 Ebd., S. 21.

69 Ebd., S. 29 und 13.

70 SINUS Markt- und Sozialforschung, 5 Millionen Deutsche: »Wir sollten wieder einen Führer haben...«, S. 34.

71 Hier und folgendes Zitat: Sinus-Institut, Rechtsextreme politische Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland. Untersuchungsstufe I: Psychologische Vorstudie, September 1979, S. 12, BArch, B 136/13327.

primären und sekundären Umwelt etc.)«. In den Antworten der übrigen Personen identifizierte das Sinus-Institut im Bemühen um »eine umfassende Klassifikation des rechtsextremen Einstellungsraums« anschließend rund 30 thematische Bereiche. Denen ordnete es dabei rund 140 Statements zu, die die Studienmacher aus den Interviews herausdestillierten.⁷² Sie waren als Aussagesätze formuliert und bewahrten bewusst den »Originalton« der Interviewpartner. Schon in ihrer Form unterstrichen die Statements damit den Anspruch des Instituts, mit dem aufwendigen Vorgehen eine Einstellungsskala entwickelt zu haben, die nicht »aus mehr oder weniger theoretisch abgeleiteten Statements« bestand, sondern ebenso aus einer empirischen Beschreibung des »rechtsextremen Einstellungsraums« gewonnen war, wie ein empirisch anwendbares Messinstrument für diesen bilden sollte.⁷³

IV. Die Konstruktion eines »rechtsextremen Weltbildes« im Pretest

Diese Liste von Statements legte das Sinus-Institut im August und September 1979 dann 200 Personen vor, die sich aus einer »annähernd bevölkerungsrepräsentativen« Teilgruppe von 150 Personen sowie aus 50 »Rechtsextremisten« zusammensetzte.⁷⁴ Sie sollten auf einer viergliedrigen Antwortskala (Likert-Skala) die einzelnen Statements bewerten. Anschließend berechnete das Sinus-Institut für die beiden Teilgruppen den Durchschnittswert der gegebenen Antworten und identifizierte anschließend jene Fragen, bei denen die Differenz zwischen den beiden Gruppen besonders hoch war. In dieser Weise sollten jene »Statements ausgefiltert« werden, die »mit der höchsten Trennschärfe« die »rechtsextreme Vorstellungswelt« repräsentierten.⁷⁵

Übrig blieb dabei eine Liste an Statements, die »für eine Repräsentativerhebung jedoch noch immer viel zu umfangreich war.«⁷⁶ Um sie handhabbar zu machen, unterzog das Institut die Statements noch einer Faktorenanalyse; ein, wie es in seinem Abschlussbericht betonte, »mathematisch außerordentlich kompliziert[es] Verfahren«, das Muster im Antwortverhalten der Befragten identifiziert und damit Zusammenhänge zwischen verschiedenen Fragen aufdeckt.⁷⁷ Die Faktorenanalyse war in der Demoskopie in den frühen 1960er-Jahren eingeführt worden und hatte entscheidend dazu beigetragen, sie von der sozialstatistischen Beschreibung be-

72 Sinus-Institut, Rechtsextreme politische Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland. Abschlussbericht, Oktober 1980, S. 79, BArch, B 136/13327. Eine Übersicht über die Themengebiete und die getesteten Statements gibt die Tabelle »Pretest und Faktorenanalyse der Sinus-Studie über rechtsextremistische Einstellungen bei den Deutschen (1981)«, URL: <http://library.fes.de/pdf-files/afs/bd63/afs63_steuwer_tabelle.pdf> [26.9.2023].

73 SINUS Markt- und Sozialforschung, 5 Millionen Deutsche: »Wir sollten wieder einen Führer haben...«, S. 63.

74 Sinus-Institut, Rechtsextreme politische Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland. Abschlussbericht, Oktober 1980, S. 80, BArch, B 136/13327.

75 Ebd., S. 80.

76 SINUS Markt- und Sozialforschung, 5 Millionen Deutsche: »Wir sollten wieder einen Führer haben...«, S. 65.

77 Sinus-Institut, Rechtsextreme politische Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland. Abschlussbericht, Oktober 1980, S. 81, BArch, B 136/13327.

reits bekannter Personengruppen (vor allem Wähler:innen einer Partei) hin zur demoskopischen Identifikation von Menschen mit geteilten Wertvorstellungen zu verschieben – eine Entwicklung, die wenige Jahre nach der Studie für das Kanzleramt in der Formulierung der sogenannten Sinus-Milieus mündete.

In der Sinus-Studie ließen sich in dieser Weise innerhalb der Statementliste Gruppen von Aussagen identifizieren, bei denen die Antworten der Befragten statistisch in so engen Beziehungen standen, dass sie als Ausdruck eines gemeinsamen »Faktors« begriffen werden konnten. Insgesamt gelangte das Institut zu fünf solcher Statementgruppen, denen es mit Blick auf den »typische[n] Charakter der jeweiligen Gruppenstatements« die Namen »Reaktionäres Menschenbild« (Faktor 1), »Bedrohung« (Faktor 2), »Harmoniestreben/Antipluralismus« (Faktor 3), »Volk, Vaterland und Familie« (Faktor 4) und »Siegfried-Komplex« (Faktor 5) gab.⁷⁸ Diese Faktoren, so die Argumentation des Instituts, würden die in den 27 Themenbereichen gefassten »Inhalte des rechtsextremen Weltbildes auf [...] themenübergreifende Kategorien« reduzieren, die sowohl »Aufschluß über die innere Logik dieser Inhalte« geben würden wie »Hinweise auf die psychologische Struktur des rechtsextremen Weltbildes«.⁷⁹ Zugleich half die Faktorenanalyse dabei, für die einzelnen Faktoren »die typischsten [Statements] auszuwählen« und deren Anzahl damit »ohne erheblichen Informationsverlust« deutlich zu reduzieren. Im Abschlussbericht waren von den rund 140 aus den Gesprächen gewonnenen Statements so noch 31 übrig geblieben, die das Institut unter den Namen auflistete, die es den fünf Faktoren gegeben hatte.⁸⁰

In der späteren Veröffentlichung der Sinus-Studie kennzeichnete das Institut die Gruppierung und Auswahl der Statements als einen mathematisch-technischen Prozess, an dessen Ende ein »gültiges, empirisch abgeleitetes und mehrfach überprüfbares Instrument« stand, gab aber zugleich nur ausgesprochen spärliche Informationen hierzu preis.⁸¹ Der Blick in die Überlieferung des Kanzleramts lässt hingegen Auswahl und Gruppierung ebenso als einen interpretatorischen und politischen Vorgang erkennen. Sie waren es schon deshalb notwendigerweise, weil sich die im Pretest erhobenen Antworten keineswegs als »trennscharf« und geordnet erwiesen, wie es in der Veröffentlichung der Studie schließlich schien.

Akzeptiert man die vom Sinus-Institut berechneten Differenzen zwischen den durchschnittlichen Zustimmungen der beiden Teilgruppen »Gesellschaft« und »Rechtsextremisten« als Maßstab für die »Trennschärfe« der einzelnen Aussagen⁸², lässt sich bei 73 % der getesteten Statements ein Unterschied von nahezu einer Antwortstufe beobachten (0,9 und höher).⁸³ Allerdings galt dies keineswegs für

78 SINUS Markt- und Sozialforschung, 5 Millionen Deutsche: »Wir sollten wieder einen Führer haben...«, S. 65–69.

79 Hier und folgendes Zitat: ebd., S. 65.

80 Sinus-Institut, Rechtsextreme politische Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland. Abschlussbericht, Oktober 1980, S. 81–84, BArch, B 136/13327.

81 SINUS Markt- und Sozialforschung, 5 Millionen Deutsche: »Wir sollten wieder einen Führer haben...«, S. 65.

82 Statistisch sind durchaus Zweifel an dem Vorgehen angebracht, weil aus den ordinal skalierten Variablen einer Likert-Skala sinnvollerweise kein arithmetisches Mittel gebildet werden kann.

83 Alle Angaben im Folgenden nach den Anlagen zum Vermerk betr. Ergebnis der Besprechung im Bundeskanzleramt zum Rechtsextremismusgutachten am 26. September 1979, 22.10.1979,

alle vom Sinus-Institut den einzelnen Faktoren zugeordneten Statements, die teils deutlich geringere Differenzwerte aufwiesen. Ebenso konnten nicht alle Statements mit hoher »Trennschärfe« einem der fünf Faktoren zugeordnet werden. Von den 87 Statements mit einem Differenzwert von 0,9 oder höher waren es ausweislich der Unterlagen, die das Sinus-Institut dem Kanzleramt zugänglich machte, nur 38 Aussagen, bei denen sich überhaupt ein Zusammenhang mit einem der fünf identifizierten Faktoren mathematisch zeigen ließ.⁸⁴ Mehr als die Hälfte der besonders trennscharfen Statements fielen bei der Faktorenidentifikation damit einfach unter den Tisch.

Bei den Aussagen, die den fünf errechneten Faktoren zugerechnet werden konnten, ließ sich dieser Zusammenhang zudem nur in durchaus unterschiedlicher Stärke identifizieren. Die mathematisch als sogenannte Faktorladung mit einer Zahl zwischen 0 (kein Zusammenhang) und 1 (perfekter Zusammenhang) ausgedrückte Stärke der Beziehung einer Aussage mit einem Faktor, lag in mehr als der Hälfte der Statements nur knapp über der Schwelle, ab der sich überhaupt von einem statistischen Zusammenhang sprechen ließ (0,5 oder 0,6). Und diese Statements verteilten sich keineswegs gleichmäßig über die fünf identifizierten Faktoren: Während sich mit der Faktorenanalyse dem Faktor 1 (»Reaktionäres Menschenbild«) dreizehn Statements zuordnen ließen, waren es im Fall des »Siegfried-Komplex« genannten Faktors 5 nur sieben. Dessen Statements besaßen zudem so schwache Ladungen, dass in diesem Fall durchaus Zweifel an der statistischen Gültigkeit der Identifikation dieses Faktors angebracht sind.⁸⁵ Dass die verschiedenen Faktoren tatsächlich nicht gleichwertig waren, zeigte schließlich auch die vom Sinus-Institut errechnete Varianzaufklärung; ein statistischer Wert, mit dem sich das Ausmaß bestimmen lässt, in dem eine empirisch gemachte Beobachtung (Streuung einer abhängigen Variable) durch bestimmte Faktoren (unabhängige Variablen) mathematisch erklärt werden kann. Im Pretest ließ sich das unterschiedliche Antwortverhalten der beiden Teilgruppen zu 65,7 % durch die fünf identifizierten Faktoren statistisch erklären. Dies war kein schlechter Wert. Aber er ging zu weit mehr als zwei Drittel auf die Statements des Faktors 1 (»Reaktionäres Menschenbild«) zurück (46,5 %), während die anderen vier Faktoren statistisch nur noch jeweils weitere 7 bis 3 % mathematisch erklären konnten.⁸⁶

BArch, B 136/13322, Bd. 1. Die Ergebnisse des Pretests dokumentiert auch die Tabelle »Pretest und Faktorenanalyse der Sinus-Studie über rechtsextremistische Einstellungen bei den Deutschen«.

84 Zwei Statements ließen sich zudem gleich plausibel unterschiedlichen Faktoren zuordnen.

85 Da die Umfragedaten des Pretests nicht überliefert sind, ist eine statistische Überprüfung nicht möglich. Die dem Kanzleramt übermittelte Aufstellung zählt für den Faktor 5 (»Siegfried-Komplex«) allerdings nur sieben Statements auf, von denen nur eines eine Faktorladung von größer 0,6 aufweist. Sie unterschritten damit die von Edward Guadagnoli und Wayne F. Velicer entwickelte Faustformel, nach der Faktoren in einer Stichprobe von weniger als 300 Personen nur dann nicht als zufällig interpretiert werden können, wenn sich zehn Aussagen mit einer Faktorladung von größer 0,4 oder vier Aussagen mit einer Faktorladung von größer 0,6 nachweisen lassen. Vgl. *Edward Guadagnoli/Wayne F. Velicer, Relation of Sample Size to the Stability of Component Patterns*, in: *Psychological Bulletin*, 1988, Nr. 103, S. 265–275, sowie *Jürgen Bortz, Statistik für Sozialwissenschaftler*, Berlin 1999, S. 507.

86 Sinus-Institut, *Rechtsextreme politische Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland. Abschlussbericht*, Oktober 1980, S. 87, BArch, B 136/13327. Im Detail gliederte sich die insgesamt

Der schließlich veröffentlichten Fassung der Sinus-Studie ließ sich all dies nicht entnehmen. Die Zahlen zur Höhe der Faktorladung waren ebenso wenig enthalten wie jene der Varianzaufklärung oder ein Hinweis darauf, wie viele »trennscharfe« Statements die identifizierten Faktoren nicht erfassten. Zudem glich die Veröffentlichung bei der Beschreibung der Faktoren die Zahl der ihnen jeweils zugeordneten Statements an (fünf bis sieben) und stützte damit den im Text vermittelten Eindruck von gleichgewichtigen Teilelementen des »rechtsextremen Einstellungsraums«. Einen Beleg dafür, dass das Sinus-Institut bewusst »Rechtsextremisten herbeigerechnet« habe, sollte man hierin dennoch nicht sehen.⁸⁷ Was es in der Veröffentlichung verdeckte, waren vielmehr die Spannungen, die sich aus seinem doppelten, inhaltsanalytischen und empirisch-quantifizierenden Herangehen ergeben hatten und die bei der Übersetzung der mathematisch identifizierten Faktoren in eine semantische Beschreibung des »rechtsextremen Weltbildes« besonders deutlich hervortraten: Die Auswahl der empirisch getesteten Statements sollte vor dem Hintergrund der unternommenen Anstrengungen auch die Erkenntnisse abbilden, die das Institut in der Auswertung der bestehenden Forschungsliteratur, des rechtsextremen Schriftenmaterials und der geführten Interviews gewonnen hatte. Dies bedeutete, die in der Faktorenanalyse identifizierten statistischen Muster im Antwortverhalten als Beschreibungen eines »rechtsextremen Weltbildes« zu präsentieren – eine durchaus große Herausforderung, wie nicht nur die merkwürdig ungelenke Benennung vor allem des letzten Faktors zeigt, für dessen Statements sich nur mithilfe einer Metapher (»Siegfried-Komplex«) eine gemeinsame Überschrift finden ließ. Auch dass die den Faktoren verliehenen Namen die ihnen zugeordneten Statements teils kaum treffend beschrieben, verweist hierauf.⁸⁸ Zudem war grundsätzlich die »Berücksichtigung aller [...] Bereiche« des in der Schriften- und Interviewauswertung identifizierten »rechtsextremen Einstellungsraumes« nur dadurch möglich gewesen, dass auch Statements gewählt worden waren, für die der Pretest nur relativ geringe »Trennschärfe« festgestellt hatte.⁸⁹

Über diese methodischen Schwierigkeiten hinaus war die Auswahl und Zusammenfassung der Statements aber auch insofern nicht nur ein technischer Vorgang, als ihn das Institut gemeinsam mit den Beamten des Kanzleramts vornahm. Ihnen hatte das Institut nach dem Pretest einen ausführlichen Bericht über die geführten Interviews sowie eine Zusammenstellung der in dem Test erprobten Aussagen zukommen lassen.⁹⁰ Die Statementlisten enthielten dabei die Angaben für die durchschnittliche Zustimmung der beiden Teilgruppen sowie einen Vorschlag für

errechnete Varianzaufklärung von 65,7 % in Teilgruppen von 46,5 % (Faktor 1), 7,2 % (Faktor 2), 5,2 % (Faktor 3), 3,8 % (Faktor 4) sowie 3,0 % (Faktor 5).

87 So ein Vorwurf, gegen den sich Horst Nowak nach der Veröffentlichung der Studie rechtfertigte, *Kurt Reumann*, Studie über Rechtsextremismus – Fallen statt Fragen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.4.1981.

88 Vgl. etwa die Einordnung des Statements »Das Mitspracherecht der Gewerkschaften in der Wirtschaft sollte ausgebaut werden (negative Polung)« als Ausdruck eines »Reaktionären Menschenbilds« (Faktor 1).

89 Sinus-Institut, Rechtsextreme politische Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland. Abschlussbericht, Oktober 1980, S. 89, BArch, B 136/13327.

90 Vermerk betr. Ergebnis der Besprechung im Bundeskanzleramt zum Rechtsextremismusgutachten am 26. September 1979, 22.10.1979, Anlagen, BArch, B 136/13322, Bd. 1.

die Bestimmung der fünf Faktoren mit den ihnen zuordenbaren Statements. Für Letztere waren auch die jeweiligen Faktorladungen angegeben, auf die sich die gemeinsame Besprechung der Unterlagen am 26. September 1979 im Kanzleramt bezog. Insgesamt zeigten sich die Kanzleramtsbeamten im gesamten Schriftverkehr mit dem Sinus-Institut als ausgesprochen geschult in den methodischen Konzepten der Demoskopie.⁹¹ Doch auch wenn sich die Statementauswahl, wie der knappe Aktenvermerk zu der Besprechung festhielt, an der »Faktorladung eines Items, d. h. der Stärke des Zusammenhangs zwischen einer Aussage und dem ihr zugehörigen Faktor«, orientierte⁹², lassen die Unterlagen zu der Besprechung zumindest ansatzweise erkennen, dass in der Besprechung auch nicht empirisch gewonnene Vorstellungen in die Ausformulierung der Faktoren eingingen.

Leider ist kein genaues Protokoll der Besprechung überliefert. Dem Vermerk nach hielt die Runde als Ergebnis fest, ein Statement leicht umzuformulieren, eines auszutauschen und zwei neue Aussagen hinzuzufügen. Zugleich beschloss die Runde die Auswahl der den einzelnen Faktoren zugeordneten Statements, wobei vor allem interessant ist, welche möglichen Aussagen dabei fallen gelassen wurden. Dies betraf vor allem den Faktor 1 (»Rechtsextrems Menschenbild«), wo sieben Statements keine Aufnahme fanden. Vier von ihnen enthielten dabei Aussagen zu traditionellen Geschlechtervorstellungen. Auch beim Faktor 4 (»Volk, Vaterland und Familie«) wurde ein Statement zu diesem Thema nicht aufgenommen, obwohl es eine höhere Faktorladung aufwies als manche der ausgewählten Aussagen. Gleiches galt für zwei der nicht berücksichtigten Aussagen beim Faktor 1. Auch in der Besprechung wurden damit, anders als es Abschlussbericht und Veröffentlichung der Sinus-Studie darstellten, nicht einfach die nach mathematischen Gesichtspunkten »typischsten« Statements ausgewählt⁹³, sondern es wurde ebenso auf die thematische Breite der Statements geachtet. Aussagen zu Geschlechtervorstellungen fanden sich damit unter den in der Veröffentlichung aufgeführten Statements wieder. Dass sie aber statistisch stärker als andere in der Inhaltsanalyse identifizierte Themen den mathematisch identifizierten Faktoren zurechenbar waren, übergang die von Sinus-Institut und Kanzleramt aus den Statements schlussendlich zusammengesetzte Beschreibung des »rechtsextrremen Weltbildes«.

V. Zahlenwerte: Vom »rechtsextrremen Weltbild« zum demoskopischen Messinstrument

Ähnliches lässt sich auch für die Konstruktion des demoskopischen Messinstruments zeigen, das ebenfalls bei der Besprechung im Kanzleramt festgelegt wurde. Für die demoskopische Messung eines »geschlossenen rechtsextrremen Weltbildes« ließ das Sinus-Institut nämlich Infratest in der späteren Repräsentativuntersuchung

91 Dies ist insofern erstaunlich, als die demoskopische Kompetenz im Kanzleramt 1976 im Referat 53 für »Trendanalysen des gesellschaftlichen Wandels« gebündelt worden war. Vgl. Knoll, Das Bonner Bundeskanzleramt, S. 237.

92 Vermerk betr. Ergebnis der Besprechung im Bundeskanzleramt zum Rechtsextrremismusgutachten am 26. September 1979, 22.10.1979, BArch, B 136/13322, Bd. 1.

93 SINUS Markt- und Sozialforschung, 5 Millionen Deutsche: »Wir sollten wieder einen Führer haben...«, S. 65.

nicht einfach die den fünf Faktoren zugeordneten 31 Statements abfragen. Es nutze sie nur als »Ausgangsbasis für die Zusammenstellung des endgültigen Messinstruments der ›Rechtsextremen Einstellungsskala‹ (RES)«, die 23 Statements umfasste.⁹⁴ Auch für sie zeigen die Besprechungsunterlagen, dass, anders als das Institut die Auswahl später erklärte, nicht einfach »jene Statements aus den fünf Faktoren ausgenommen [wurden], die die höchste Ladungszahlen aufwiesen, das heißt den Faktor, auf dem sie laden, inhaltlich am prägnantesten beschrieben«.⁹⁵ Vielmehr integrierte die »Rechtsextreme Einstellungsskala« fünf Statements, die weder in der Veröffentlichung noch in den Besprechungsunterlagen einem Faktor zugeordnet sind. Ob sie überhaupt in einer nachweisbaren Beziehung zu einem der fünf Faktoren standen und, wenn ja, in welcher Stärke, lässt sich damit nicht rekonstruieren. Zugleich machen die Besprechungsunterlagen mit Blick darauf, dass die Auswahl eine »höchstmögliche Trennschärfe der Items« anstrebte⁹⁶, sichtbar, dass zwar die fünf Aussagen mit der größten gemessenen Differenz zwischen den beiden Teilgruppen des Pretests in die Skala eingebunden wurden. Es fanden zugleich aber auch Statements Aufnahme, die sich bei einer Ordnung aller getesteten Aussagen nach der Stärke ihrer »Trennschärfe« erst auf den Plätzen 61 bis 63 sowie 87 finden.⁹⁷ Auch bei der Skalen-Konstruktion mussten das Sinus-Institut und die Kanzleramtsbeamten einen Kompromiss zwischen den sich selbst auferlegten mathematischen Kriterien und den in der Inhaltsanalyse gewonnenen Konturen des »rechtsextremen Einstellungsraumes« finden.

Die Auswertung des Pretests verkomplizierte jedoch nicht nur die Begriffsarbeit des Instituts. Sie eröffnete auch überraschende Einsichten, die in der Formulierung von zwei weiteren Skalen mündeten, die der ursprüngliche Projektantrag nicht vorgesehen hatte. *Erstens* zeigten die errechneten Zustimmungsdifferenzen zwischen den Teilgruppen »Gesellschaft« und »Rechtsextreme« des Pretests nicht nur Statements auf, bei denen sich das Antwortverhalten unterschied, sondern auch solche, wo es sich stark ähnelte. Diese Statements begriff das Sinus-Institut als »›Meinungsbrücken‹ zwischen Rechtsextremismus und ›Bevölkerungsdurchschnitt‹«. Sie würden »Einstellungsbereiche« anzeigen, »in denen rechtsextreme Propaganda mit Aussicht auf Erfolg operieren« könne.⁹⁸ Auch zu diesen »Umfeldvariablen« hatte das Institut den Beamten des Kanzleramts eine Liste mit Aussagen vorgelegt, an denen sich die Schwierigkeit einer demoskopischen Abgrenzung des »rechtsextremen Weltbildes« besonders deutlich zeigte.⁹⁹ Denn zumindest zwei der hier vorgeschlagenen Aussagen hatten mit einer Differenz von 1,1 und 1 im Pretest eine ähnlich hohe »Trennschärfe« zwischen Bevölkerung und Rechtsextremismus aufgewiesen, wie der Großteil der schließlich in die »Rechtsextreme Einstellungsskala« aufge-

94 Ebd., S. 69.

95 Ebd.

96 Ebd., S. 71.

97 Vgl. zur Rangfolge der Statements die Tabelle »Pretest und Faktorenanalyse der Sinus-Studie über rechtsextremistische Einstellungen bei den Deutschen«.

98 Ebd., S. 75.

99 Hier und im Folgenden: Vermerk betr. Ergebnis der Besprechung im Bundeskanzleramt zum Rechtsextremismusgutachten am 26. September 1979, 22.10.1979, Anlagen, BArch, B 136/13322, Bd. 1.

nommenen Statements. Sie wurden dann in die letztlich acht Aussagen umfassende »Autoritäre Einstellungsskala (AES)« nicht aufgenommen. Stattdessen wurden zwei Statements integriert, die die Beamten des Kanzleramts auf die Liste setzten und zu denen keine Testdaten vorlagen.¹⁰⁰ Zudem verschob die Besprechungsrunde eine vom Sinus-Institut den »Umfeldvariablen« zugeordnete Aussage trotz ihrer sehr niedrigen Trennschärfe (0,6 Mittelwertdifferenz) in die Statementliste des Faktors 4 (»Volk, Vaterland und Familie«) und machte sie damit zum Teil des »rechtsextremen Einstellungsraumes«.

Darüber hinaus dokumentierten die Umfragedaten des Pretests *zweitens*, dass es, wie am Beginn der Untersuchung vermutet, durchaus einen messbaren Rückhalt für neue »rechtsextreme Ökogruppen« gab, sich dieser aber nicht mit jenem Antwortverhalten überschneidet, das die »Rechtsextreme Einstellungsskala« erfasste. Er wurde in den Daten des Pretests vielmehr als eine »vom übrigen rechtsextremen Feld abgrenzbar[e,] [...] sehr kleine, aber eigenständige Gruppe« erkennbar.¹⁰¹ Dem trug das Institut mit einer eigenen »Skala ›Regressive Öko-Leitbilder‹ (SRÖL)« Rechnung, die aus vier Statements bestand, von denen eines auch Teil der »Rechtsextremen Einstellungsskala« war. Und schließlich legte das Institut *drittens* noch eine vierte Skala fest, die die Gewaltbereitschaft von Personen mit rechtsextremen Einstellungen messen sollte. Für ihre Konstruktion hatte das Institut beiden Teilgruppen sowohl die Statements der im vorangegangenen Infratest-Projekt genutzten allgemeinen »Protestpotential-Skala« vorgelegt als auch elf Aussagen einer neu entworfenen »Rechte[n] Protestpotential-Skala«. Bei ihnen handelte es sich um »konkrete, politische inhaltlich definierte Handlungen, wie sie von rechtsextremen bis rechtsterroristischen Gruppierungen bekannt waren«, und deren Zustimmungswerte, im Unterschied zur allgemeinen Protestpotenzial-Skala, auch tatsächlich mehr als marginale Unterschiede zwischen »Rechtsextremen« und »Bevölkerung« zeigten.¹⁰² Für die Bildung der »Protestpotentialskala Rechtsextremismus (PPSR)« wurden diese Statements, wie es der Abschlussbericht formulierte, »auf Basis ihrer Pretest-Trennschärfe-Werte bereinigt und für die Repräsentativerhebung auf 8 Statements reduziert«. Tatsächlich wurden jedoch auch hier nicht einfach die drei Aussagen mit der geringsten Differenz zwischen »Rechtsextremen« und »Bevölkerung« fallen gelassen.¹⁰³ Vor allem lassen die Pretestergebnisse aber daran zweifeln, dass die Statements dieser Skala eine aufsteigende Liste bildeten, die mit einer Frage nach einer noch vergleichsweise verbreiteten Bereitschaft, sich an »Kundgebungen zum ›Tag der deutschen Einheit‹ (17. Juni) an der Grenze der DDR« zu beteiligen, begann und sich bis zur extremsten Frage nach »gezielten Aktionen

100 Es handelt sich um die Statements »Heute ändert sich alles so schnell, daß man oft nicht weiß, woran man sich halten soll« und »Ob ich mich zur Politik äußere oder nicht ändert doch nicht viel an den Tatsachen«.

101 Sinus-Institut, Rechtsextreme politische Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland. Abschlussbericht, Oktober 1980, S. 110, BArch, B 136/13327. In der Repräsentativbefragung ergab die Skala schließlich einen Wert von 2 %.

102 Hier und folgendes Zitat: ebd., S. 90.

103 Vgl. hierzu die Tabelle »Pretest und Faktorenanalyse der Sinus-Studie über rechtsextremistische Einstellungen bei den Deutschen«.

gegen Einrichtungen und Personal der alliierten Besatzungsmächte« steigerte.¹⁰⁴ Weder die Reihenfolge, in der das Institut die ursprünglichen elf Statements für die Besprechung im Kanzleramt geordnet hatte, noch die veränderte Reihung der schließlich ausgewählten Aussagen folgte den gemessenen Zustimmungswerten.¹⁰⁵

Die in den vier Skalen zusammengefassten Statements legte zwischen Oktober 1979 und Februar 1980 Infratest in vier Befragungswellen rund 7.000 erwachsenen Westdeutschen vor. Der außerordentliche Umfang der Stichprobe war auf Basis des Pretests festgelegt worden, um eine »angemessene Repräsentation der Zielgruppe«, also der Deutschen mit rechtsextremen Einstellungen, in den Stichprobendaten sicherzustellen.¹⁰⁶ Die Befragungen wurden dabei im Rahmen der kontinuierlich laufenden Untersuchungsreihe »Infratest Sozialdaten« durchgeführt und waren damit repräsentativ für die »deutsche Wahlbevölkerung ab 18 Jahren (ohne West-Berlin)«. Am Ende der Befragungen standen dann jene Zahlen, die nach der SPIEGEL-Veröffentlichung für so viel Aufmerksamkeit sorgten.

VI. Studienergebnisse und ihre internen Deutungen im Kanzleramt

Bevor diese Zahlen mit ihrem Bekanntwerden im März 1981 öffentlich für Aufsehen sorgten, schlugen sie im Kanzleramt Wellen. Dabei hatte sich dies keineswegs abgezeichnet, als Horst Nowak und seine Mitarbeiter in einer Besprechung im Kanzleramt den Beamten des Referats 512 für politische Analysen die Ergebnisse der Repräsentativbefragung vorstellten. Neben der Präsentation der mit den entwickelten Skalen gemessenen Werte gehörte hierzu vor allem eine »soziodemografische Beschreibung des rechtsextremen Potentials in der Bundesrepublik«, an der das Sinus-Institut in den zurückliegenden Wochen mit einer detaillierten Auswertung der Umfragedaten gearbeitet hatte.¹⁰⁷ Dafür hatte es den Einfluss einer breiten Anzahl von Variablen auf die mit der »Rechtsextremen Einstellungsskala« gemessene Gruppe überprüft, die von Alter, Geschlecht, Familienstand und Schulabschluss über Konfession, Haushaltseinkommen, Berufstätigkeit bis zu Parteipräferenzen, Beurteilungen der allgemeinen und persönlichen Wirtschaftslage sowie der eigenen Lebenszufriedenheit reichte. Im Hintergrund standen dabei die zu Beginn der Untersuchung aufgearbeiteten Theorien zur Entstehung von »Rechtsextremismus« oder »Autoritarismus«, die aus Sicht des Instituts mit den erhobenen Daten erstmals verlässlich empirisch geprüft werden konnten.

Doch besonders viel gaben die Umfrageergebnisse hierzu nicht her. Entweder bestätigten sie Bekanntes (Überrepräsentation von Personen ohne Berufsausbildung im »rechtsextremen Protestpotential«), zeigten keine Unterschiede zwischen

104 Zitat: SINUS Markt- und Sozialforschung, 5 Millionen Deutsche: »Wir sollten wieder einen Führer haben...«, S. 72.

105 Vgl. hierzu die Tabelle »Pretest und Faktorenanalyse der Sinus-Studie über rechtsextremistische Einstellungen bei den Deutschen«.

106 Hier und folgendes Zitat: SINUS Markt- und Sozialforschung, 5 Millionen Deutsche: »Wir sollten wieder einen Führer haben...«, S. 77.

107 Sinus-Institut, Rechtsextreme politische Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland. Abschlussbericht, Oktober 1980, S. 96, BArch, B 136/13327.

»Gesellschaft« und »Rechtsextremen« (Geschlecht, Konfession) oder wiesen Unterschiede auf, die sich kaum sinnvoll deuten ließen.¹⁰⁸ Was es etwa bedeutete, dass die Daten »überdurchschnittliche Anteile an Rechtsextremen« in »großen Dörfer[n] (2.000 bis unter 5.000 Einwohner)« und in Kleinstädten zeigten, ließ das Sinus-Institut ebenso offen wie eine Interpretation anderer soziodemografischer Befunde.¹⁰⁹ Entsprechend ernüchternd zeigten sich die Kanzleramtsbeamten bei ihrer späteren Durchsicht des Abschlussberichts mit Blick auf das »dürftig[e] Gesamtergebnis« hinsichtlich der »Bedingungen rechtsextremer politischer Einstellungen«. ¹¹⁰ Angesichts dessen, dass die Aufklärung der »Ursachen rechtsextremer Einstellungen« zu Beginn als wichtiges Untersuchungsziel formuliert worden war, erschienen ihnen die Ergebnisse hierzu nun »recht dünn«.

Politisch deutbar waren vor allem zwei Beobachtungen, die Horst Nowak und seine Mitarbeiter auch schon während der Besprechung im Juni 1980 herausstellten. Zum einen zeigten die Umfragedaten, dass entgegen der aus der öffentlichen Diskussion gewonnenen Erwartung, Rechtsextremismus »überwiegend unter der älteren Generation« gemessen werden konnte.¹¹¹ Dies galt insbesondere für die »Protestpotentialskala Rechtsextremismus«, die »eine erstaunlich hohe Gewaltbereitschaft unter älteren Rechtsextremisten« identifiziert hatte. Insofern »musste es möglich sein«, so deutete Nowak in der Besprechung den Befund optimistisch, »junge Bürger mit autoritären Valenzen zu immunisieren, wenn man rechtsradikale Ansichten als das Gestrige disqualifiziert«. ¹¹²

Zum anderen dokumentierten die Umfragedaten eine »deutliche Akzentuierung rechtsextremistischer Ideologien bei der CSU«, die von den als »Rechtsextremisten« identifizierten Personen überproportional häufig als präferierte Partei genannt worden war.¹¹³ Dieser Befund war vor allem mit Blick auf den weiteren Umgang mit der Studie relevant, weil er insbesondere im Kontext des laufenden Bundeswahlkampfs 1980 die Gefahr einer politischen Skandalisierung durch die Union barg. Auch deshalb bestand während der Besprechung »Einvernehmen«, die Studie nicht vor dem Wahltag am 5. Oktober 1980 zu veröffentlichen, »da davon auszugehen ist, daß die CSU die Studie in den Wahlkampf ziehen« würde. Zudem wurde vor diesem Hintergrund »die Klassifizierung des »nichtextremen, autoritären Potentials« (37 %)« durch die Kanzleramtsbeamten als politisch »problematisch« eingeschätzt und angeregt, dass »der Eindruck aller herausragenden Anfälligkeit für rechtsextreme Einstellungen in dieser Gruppe [...] bei Vorlage des Schlußberichtes vorsichtig korrigiert werden« sollte.¹¹⁴ Im Übrigen wünschten sich die Beamten des Kanzleramtsreferats 512 aber nur eine dem Bericht vorangestellte Ergebniszusam-

108 Ebd., S. 102–106.

109 Ebd., S. 101.

110 Hier und folgendes Zitat: Vermerk »Zum Schlußbericht Rechtsextremismus«, 1.10.1980, BACh, B 136/13322, Bd. 1.

111 Hier und folgendes Zitat: Protokoll der Besprechung mit Sinus am 25.6.1980, 9.7.1980, BACh, B 136/13322, Bd. 1.

112 Notizen aus Diskussion Rechtsextremismus mit Sinus, 25.6.1980, BACh, B 136/13322, Bd. 1.

113 Protokoll der Besprechung mit Sinus am 25.6.1980, 9.7.1980, BACh, B 136/13322, Bd. 1.

114 Notizen aus Diskussion Rechtsextremismus mit Sinus, 25.6.1980, BACh, B 136/13322, Bd. 1.

menfassung und eine im Anhang ergänzte »Fehlertoleranztabelle«. ¹¹⁵ Einer »Verwendung der Studie« stand aus ihrer Sicht nichts Grundlegendes im Wege, sodass die Runde bereits Möglichkeiten ihrer Veröffentlichung als »Handbuch für Öffentlichkeitsarbeit gegen den Rechtsextremismus« durch das Bundesinnenministerium und als Beitrag in einer wissenschaftlichen Fachzeitschrift durch das Sinus-Institut erwog.

An dieser Einschätzung änderte sich wenig, als einige Wochen später der Abschlussbericht vorlag. Die Änderungswünsche, die die Kanzleramtsbeamten an das Sinus-Institut übermittelten, betrafen vor allem redaktionelle Fragen und zielten darauf, die Verständlichkeit für »Außenstehende« zu erhöhen, auf »unnötig[e] sozialwissenschaftliche Terminologie« zu verzichten und die »politisch relevanten Ergebnisse« in der vorangestellten Zusammenfassung »unmißverständlich [...] aufzuzeigen«. ¹¹⁶ Der einzige inhaltlich strittige Punkt blieb die erkannte »Nähe zu den Unionsparteien«, über die »noch einmal nachgedacht werden« müsse. Möglich war hier aus Sicht der Kanzleramtsbeamten etwa eine »Darstellungsform [...], in der die Aussagen für die einzelnen Parteien ungewertet nebeneinander stehen«. Ähnlich sahen sie auch die Beschreibung der »für rechtsextreme typischen Wert-Muster ›Volk, Vaterland, Heimat, Familie« in der bestehenden Form kritisch, weil sie »ohne weitere Erklärung als normalbürgerliche Werte verstanden« und deshalb »gewichtet werden [müssten], damit die Darstellung glaubwürdig ist«. Insgesamt, so hielt es ein internes Papier zum »Schlußbericht Rechtsextremismus« fest, müsse

»Angelpunkt der Darstellung [...] die Aussage werden, die Ablehnung zentraler Verfassungsnormen durch den Rechtsextremismus sei eine deutliche Trennlinie zum Rechtskonservatismus. Wenn das so ist, kann hier doch die Grenze zwischen den 13 % und den 37 % dem betroffenen Leser vermittelt werden.«

Jenseits dieser Frage waren die Beamten des Referats 512 mit der Studie aber ebenso zufrieden, wie sie keine Zweifel an den erzielten Ergebnissen hatten. Die »mühsame, aber erfolgreiche Arbeit des Instituts zur Eingrenzung rechtsextremer Ideologien« habe sich gelohnt. Es sei eine »Leistung von Institut und Studie« über den »bisherigen Forschungsstand« hinaus »eine klare Begrifflichkeit [dessen] hergestellt zu haben«, was »heute Rechtsextremismus ist«, die »auch politisch einsatzfähig« sei.

Um den Jahreswechsel 1980/81 wurden die Studienergebnisse dann erstmals einem weiteren Personenkreis bekannt. Im Dezember hatte der Leiter des Referats 512 eine ausführliche Zusammenfassung des aktuellen Stands des Projekts erstellt, die den Verlauf und die wichtigsten Studienergebnisse bilanzierte und Vorschläge für eine Veröffentlichung der Studie machte. Inzwischen war an eine Publikation in Buchform durch das Sinus-Institut gedacht sowie an eine Präsentation vor einer

115 Hier und folgendes Zitat: Protokoll der Besprechung mit Sinus am 25.6.1980, 9.7.1980, BArch, B 136/13322, Bd. 1.

116 Hier und folgende Zitate: Vermerk »Zum Schlußbericht Rechtsextremismus«, 1.10.1980, BArch, B 136/13322, Bd. 1.

»ausgewählten Gruppe von Journalisten im Kanzleramt«. ¹¹⁷ Die Gefahr, dass »Teile der Öffentlichkeit und der Opposition [...] versuchen« könnten, »einzelne Ergebnisse der Studie als Diffamierung hinzustellen und daraus einen Vorwurf gegen die Bundesregierung abzuleiten«, sprach das Schreiben offen an, argumentierte aber, auch wenn sie »eine Diskussion hervorrufen werde«, für eine Veröffentlichung der Untersuchung. Die »positiven Aspekte einer öffentlichen Diskussion« würden überwiegen. Das Schreiben wurde dann über die zuständige Abteilungsleitung und den Kanzleramtschef an den Bundeskanzler gesandt, den es allerdings nicht erreichte. Stattdessen wurden am 13. Januar 1981 hektisch die bereits begonnenen »Sondierungen, das Gutachten bei ›Ro-Ro-Ro-Aktuell‹ zu veröffentlichen, [...] sofort eingestellt«. ¹¹⁸ Der nach der Bundestagswahl 1980 neu ernannte und sich im Januar 1981 erst wenige Wochen im Amt befindende Kanzleramtschef Manfred Lahnstein hatte am Tag zuvor mit einer knappen Notiz in die Vorbereitungen interveniert. Er halte »eine Reihe von Wertungen und Definitionen ihrerseits für extrem, zuweilen auch für oberflächlich. Bitte holen Sie dazu Urteile aus BMI und BPA ein. So muß ich einer Veröffentlichung deutlich widerraten«. ¹¹⁹

Anders als es der SPIEGEL bei der Veröffentlichung der Zahlen darstellte, war die Sinus-Studie aus wahltaktischen Überlegungen zunächst zurückgehalten worden, nicht, weil ihre Ergebnisse grundsätzlich als »zu brisant« erschienen. Tatsächlich hatte das zuständige Referat beständig auf deren Veröffentlichung nach der Bundestagswahl 1980 hingearbeitet. Und gestoppt wurden diese Vorbereitungen nicht aus politischen Sorgen um die Höhe der Zahlen, sondern weil sie neue, nicht an der Studiererstellung beteiligte Akteure zu Gesicht bekamen, die inhaltliche Zweifel an ihnen hatten. Das zeigte sich auch, als Anfang März die vom Kanzleramtschef gewünschten Stellungnahmen vorlagen. Wegen eines Versehens hatte das Referat 512 dabei neben dem Innenministerium nicht das Bundespresseamt, sondern das Justizministerium um eine Einschätzung gebeten; ein Fehler, für dessen Korrektur dann durch die SPIEGEL-Veröffentlichung keine Zeit mehr blieb. Die so angefragten Ministerien lobten die Studie als »wertvolle[n] Beitrag zur geistigen, politischen und moralischen Auseinandersetzung mit rechtsextremen Bestrebungen«. ¹²⁰ Zugleich verwiesen sie aber auf die »Gefahr von Mißdeutungen« ¹²¹, die sie anders als die Mitarbeiter des Referats 512 nicht mit den erwartbaren politischen Absichten der Opposition begründeten, sondern mit methodischen Einwänden. Das Vorgehen der Studie, vermerkte die Einschätzung des Innenministeriums, entspräche dem

»mittlerweile routiniert gehandhabten Sinus-Infratest-Ansatz, aus qualitativ erfaßten Einstellungen mittels komplizierter mathematischer Modelle (i.d.R. Faktorenanalysen) zu Ein-

117 Hier und folgende Zitate: Schreiben Referat 512 an Bundeskanzler betr. Gutachten zu rechts-extremistischen politischen Einstellungen, Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse, 18.12.1980, BArch, B 136/13322, Bd. 2.

118 Aktenvermerk betr. »Gutachten zu rechtsextremistischen politischen Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland«, 13.1.1981, BArch, B 136/13322, Bd. 2.

119 Handschriftliche Notiz des Chefs des Bundeskanzleramts an Referat 512, 12.1.1981, BArch, B 136/13322, Bd. 2.

120 Schreiben des Justizministeriums an Bundeskanzleramt, 6.3.1981, BArch, B 136/13322, Bd. 2.

121 Hier und folgende Zitate: Schreiben des Innenministeriums an Bundeskanzleramt, 10.2.1981, BArch, B 136/13322, Bd. 2.

stellungsmustern zu gelangen, die dann als tatsächlich vorhanden und unterscheidbar dargestellt werden, obwohl sie doch nur auf bestimmten (änderbaren) mathematischen Modellannahmen beruhen«.

Vor allem die »Untergrenze«, ab der Antworten als Zustimmung zu den verschiedenen Skalen gewertet wurden, schien dem Innenministerium dabei allerdings als »zu tief angesetzt«. Gleiches betonte auch die Einschätzung aus dem Justizministerium, die hier »strengere Kriterien« einforderte, weil in der vorliegenden Weise die Verbreitung der gemessenen »Tendenzen in der Bundesrepublik als zu hoch angesetzt« erschien.¹²² Zudem äußerte sie Einwände gegen die Formulierung einzelner Statements. Solche Kritik hatte wohl auch hinter der Intervention des Kanzleramtschefs gestanden. Hierauf verweisen die Randnotizen in dem im Bundesarchiv überlieferten Exemplar des Abschlussberichts, in dem sich zahlreiche mit Fragezeichen oder zweifelnden Kommentaren (»Ist das schon rechtsextrem?«, »Was ist daran ›autoritär?‹«) gekennzeichnete Statements finden, die vermutlich von Manfred Lahnstein stammen.¹²³

VII. Die Sinus-Studie in der öffentlichen Kritik

Die dem Sinus-Institut am 9. März 1981 übermittelten Einschätzungen von Innen- und Justizministerium nahmen in dieser Weise zentrale Argumente des öffentlichen Streits vorweg, der nach der SPIEGEL-Veröffentlichung eine Woche später einsetzte. Den sensationsheischenden Zeitungsmeldungen folgten dabei in der Tat die im Kanzleramt prophezeiten Kommentare von Oppositionspolitikern und konservativen Medien, die die Debatte um die Sinus-Studie schnell in die Bahnen eines stark politisierten und parteipolitisch strukturierten Konflikts zwischen sozial-liberaler Regierung und konservativer Opposition lenkten. In ihm stand dann allerdings nicht die von den Mitarbeitern des Referats 512 als besonders problematisch erachtete Zahl von 37 % im Mittelpunkt, die mehr als einem Drittel der Deutschen hohe Anfälligkeit für rechtsextreme Propaganda attestierte, sondern die Nachricht von 13 % »Rechtsextremisten« in der Bundesrepublik. Der schleswig-holsteinische Innenminister Uwe Barschel meldete sich als einer der ersten Unions-Politiker zu Wort und nannte es in einer dann viel zitierten Stellungnahme gegenüber dem Bundesinnenministerium eine »Beleidigung unseres Volkes, pauschal von 13 Prozent Rechtsextremisten zu sprechen«.¹²⁴ Er setzte damit den Ton einer ebenso anhaltenden wie scharfen Kritik, die die Sinus-Studie als Höhepunkt jener fortschreitenden Entwertung bürgerlicher und konservativer Wertehaltungen begriff, gegen die sich konservative Politiker, Journalisten und Wissenschaftler seit Beginn der

122 Schreiben des Justizministeriums an Bundeskanzleramt, 6.3.1981, BArch, B 136/13322, Bd. 2.

123 Sinus-Institut, Rechtsextreme politische Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland. Abschlussbericht, Oktober 1980, BArch, B 136/13327.

124 Barschel nennt Bonner Studie eine »Beleidigung des deutschen Volkes«, in: Flensburger Tageblatt, 3.8.1981.

1970er-Jahre stammten.¹²⁵ Mit der Zahl von 13 % »Rechtsextremisten« sahen sie sich nun nicht nur mit einem schleichenden Prozess des »Wertewandels« konfrontiert, den die Politik der sozial-liberalen Koalition stützte, sondern erkannten einen aktiven Versuch, »traditionelle« und »bürgerliche Werte« kurzerhand zum Teil des »rechtsextremen Einstellungsraumes« zu machen und damit endgültig zu entwerten.

Welche Bedeutung die Sinus-Studie damit aus konservativer Sicht erhielt, dokumentieren nicht nur ähnlich scharfe Einlassungen von konservativen Journalisten und Bundestagsabgeordneten.¹²⁶ Es zeigt sich vor allem daran, dass mehr als zwei Jahre nach dem Bekanntwerden der Sinus-Studie das inzwischen CSU-geführte Bundesinnenministerium der Regierung Kohl eine neue demoskopische Ausmessung des »Extremismus-Potentials« in Auftrag gab, die die Sinus-Studie korrigieren sollte. Elisabeth Noelle-Neumann, die mit ihrem »Institut für Demoskopie« prägend für das politische Agieren der Unionsparteien in den 1970er-Jahren und deren Wahrnehmung einer Werteerosion geworden war, präsentierte ihre Ergebnisse zum »extremistischen Einstellungspotential junger Menschen« dann 1984 auch als direkte Entgegnung zur Sinus-Studie, die deren »Kardinalfehler« und die daraus folgenden »unvertretbaren Ergebniss[e] und Schlußfolgerungen« wieder aus der Welt schaffe.¹²⁷

Die Gegenstudie der Kohl-Regierung war auch insofern ein passendes Schlussstück der konservativen Kritik an der Sinus-Studie, als diese Kritik von Beginn an eine methodische gewesen war. Schon Barschel hatte sein scharfes Urteil damit begründet, dass offen sei, was die Autoren der Studie »unter einem rechtsextremistischen Weltbild verstehen, [...] welche Fragen sie gestellt und auf welchen Methoden sie diese ausgewertet haben«, und dass die 13 %-Zahl daher nur eine nicht nachzuvollziehende Behauptung darstelle. Auch die ersten Reaktionen in der konservativen Presse machten schnell Zweifel an der wissenschaftlichen Gültigkeit der erhobenen Daten geltend, wobei sie vor dem Problem standen, dass durch die Vorabveröffentlichung der Ergebnisse im SPIEGEL kaum Informationen zum methodischen Vorgehen des Sinus-Instituts vorlagen. Und gerade mit Blick auf die besonders im Fokus stehende Skalenkonstruktion änderte daran auch die dann im August 1981 tatsächlich in der Reihe »rororo-aktuell« erfolgte Veröffentlichung der Studie nur wenig.

Wie bereits in den Einschätzungen von Justiz- und Innenministerium richtete sich die Kritik auch deshalb auf die methodischen Details der festgelegten Skalen: nämlich auf die Frage, inwieweit die abgefragten Statements tatsächlich gemessen hatten, was sie messen sollten, und auf die Frage, ab welchem Skalenwert

125 Ausführlich hierzu *Martina Steber*, *Die Hüter der Begriffe. Politische Sprachen des Konservativen in Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland, 1945–1980*, Berlin/Boston 2017, S. 208–365.

126 Vgl. exemplarisch nur *Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll, 9. Wahlperiode, 51. Sitzung, 16.9.1981, S. 2842–2844*.

127 *Elisabeth Noelle-Neumann/Erp Ring*, *Das Extremismus-Potential unter jungen Leuten in der Bundesrepublik Deutschland 1984*, Allensbach 1984, S. 5. Ausführlich zur Rolle von Noelle-Neumann in den 1970er-Jahren vgl. *Janosch Steuwer*, *Öffentliche Meinung. Elisabeth Noelle-Neumann: Die Schweigespirale (1974)*, in: *Monika Wulz/Max Stadler/Nils Güttler u. a. (Hrsg.), Deregulation und Restauration. Eine politische Wissensgeschichte*, Berlin 2021, S. 104–125.

man sinnvollerweise von einer Zustimmung sprechen konnte. Hatte nicht auch Willy Brandt den Deutschen zugerufen, »stolz auf ihr Land« sein zu können?¹²⁸ Sprach nicht auch Bundeskanzler Helmut Schmidt gerne von der Bundesrepublik als »Zahlmeister Europas«? Und was war »rechtsextrem« daran, wenn man »Geborgenheit in der Familie sucht[e]«?¹²⁹ Die schärfste Fassung dieser Kritik, die in der Presse laut wurde und von Unionspolitiker:innen dann weitergetragen wurde, formulierte der als Mitarbeiter von Elisabeth Noelle-Neumann in demoskopischen Fragen besonders geschulte Redakteur der Frankfurter Allgemeinen Zeitung Kurt Reumann. Er sprach von »Fallen statt Fragen«, die das Sinus-Institut den Befragten für möglichst hohe Ergebniswerte gezielt gestellt habe.¹³⁰ Daneben fand vor allem die Entscheidung des Sinus-Instituts scharfe Kritik, den Schwellenwert der »Rechtsextremen Einstellungsskala« in der Mitte der vierstufigen Antwortskalen bei 2,5 zu legen und damit auch solche Antworten als »rechtsextrem« zu werten, bei denen Befragte nur partielle Zustimmung bekundet hatten. Auf diesen Punkt konzentrierte sich auch die wissenschaftliche Diskussion um die Studie, die nach deren Veröffentlichung einsetzte und von den politischen Kritikern nur allzu gerne aufgegriffen wurde.¹³¹

Aus historischer Perspektive lässt sich zu diesem Streit nicht mehr viel beitragen. Zwar litt die Auseinandersetzung um die Gültigkeit der Einzelstatements daran, dass das Sinus-Institut auch in der Buchveröffentlichung keine Zahlen des Pretests zugänglich machte und sie damit nicht auf der Basis jener Daten geführt werden konnte, die ihre Auswahl tatsächlich begründet hatten. Doch es ist heute müßig, sie zu den am Beginn der 1980er-Jahre besonders debattierten Statements nachzutragen. Auf der einen Seite handelte es sich etwa bei dem immer wieder von Unionspolitiker:innen angeführten Statement »Nichts geht über die Geborgenheit im Schoße einer geordneten Familie« eben um jene Aussage, die das Sinus-Institut aufgrund der geringen »Trennschärfe« im Pretest (0,6 Mittelwertdifferenz) ursprünglich zu den »Umfeldvariablen« gezählt hatte und die dann in der gemeinsamen Besprechung im Kanzleramt im September 1979 in den »rechtsextremen Einstellungsraum« verschoben worden war.¹³² Auf der anderen Seite gehörten aber andere Statements, die etwa Kurt Reumann als Beispiel für die »Fallen« des Sinus-Instituts anführte (»Unser Volk wird durch die linken Journalisten in Rundfunk und Fernsehen systematisch irreführt«), weil sie auch für viele »Anhänger der Union« zustimmungsfähig seien, zu den »trennschärfsten« Statements überhaupt.¹³³ Dass es sich bei den finalen Ergebnissen des Sinus-Instituts um Zahlenwerte handelte,

128 »Personen ohne Berufsausbildung für den Rechtsextremismus besonders anfällig«, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.3.1981. Ebenso auch Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll, 9. Wahlperiode, 51. Sitzung, 16.9.1981, S. 2844.

129 Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll, 9. Wahlperiode, 46. Sitzung, 25.6.1981, S. 2632.

130 Reumann, Studie über Rechtsextremismus: Fallen statt Fragen.

131 Vgl. vor allem die Rezension von Friedhelm Neidhardt, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 33, 1981, S. 794–796, und Uwe Backes, Der neue Rechtsextremismus in der Bundesrepublik, in: Neue Politische Literatur 27, 1982, H. 2, S. 147–201, hier: S. 167–170.

132 Vermerk betr. Ergebnis der Besprechung im Bundeskanzleramt zum Rechtsextremismusgutachten am 26. September 1979, 22.10.1979, Anlagen, BAArch, B 136/13322, Bd. 1.

133 Reumann, Studie über Rechtsextremismus: Fallen statt Fragen. Tatsächlich weist dieses Statement die zweithöchste Mittelwertdifferenz überhaupt auf.

die ebenso von methodischen wie interpretatorischen Entscheidungen abhingen, hat die Rekonstruktion der Skalen-Konstruktion bereits gezeigt.

Insofern bestätigt die historische Analyse, was die sozialwissenschaftliche Forschung in ihrer Diskussion über die Skalenschwellenwerte in den 1980er-Jahren auch herausarbeitete. »Selbst wenn man die inhaltliche Gültigkeit und formale Qualität der Skala als zweifelsfrei gegeben unterstellt«, resümierte etwa 1994 der Politikwissenschaftler Jürgen Falter als Ergebnis der methodischen Debatte um die Sinus-Studie, »sind konkrete Prozentzahlen über den Anteil Rechtsextremer in einer bestimmten Gruppe immer auch eine Sache der Entscheidung, ab wann man von einem geschlossenen rechtsextremen Weltbild überhaupt reden will.«¹³⁴ Als einfacher Ausdruck der Anzahl von »Rechtsextremisten« in einer Gesellschaft lassen sie sich nicht lesen.

Im Rückblick lässt sich in den Ergebnissen der Sinus-Studie aber noch etwas anderes erkennen, was den zeitgenössischen Diskussionen verborgen bleiben musste: ihr Scheitern am eigenen Anspruch, zutreffende Aussagen über die weitere Entwicklung des »Rechtsextremismus« zu machen. Ironischerweise waren es damit gerade die in der kontroversen Diskussion der 1980er-Jahre weitgehend unstrittigen Schlussfolgerungen des Instituts zur generationellen Prägung des Rechtsextremismus, die sich mit der weiteren historischen Entwicklung als falsch erwiesen. Wenn konservative Kritiker etwas an der Sinus-Studie lobten, war es ihr Befund, dass »rechtsextremistische Tendenzen in der älteren Generation stärker erkennbar sind als in der jungen« und sich der Rechtsextremismus in der Bundesrepublik damit »auf dem absteigenden Ast« befände. »Hier scheint die Sinus-Studie wenigstens einen Trend wiederzugeben, der auch auf Grund anderer Erkenntnisse einleuchtet.«¹³⁵ Dass mit den Ergebnissen der Studie »Punker, Rocker und Jugendsekten« nicht als »Vorboten einer neuen rechtsextremen Jugendbewegung gesehen werden« dürften, sie vielmehr eher als »unpolitische Spielart eines modernen Jugendeskapismus« zu verstehen seien, teilten viele Rezipienten der Studie.¹³⁶

Mit dem Wissen der Historiker:innen, dass es eben die am Ende der 1970er-Jahre einsetzende Verjüngung des rechtsextremen Feldes war, die die weitere Entwicklung der extremen Rechten und ihrer Gewalt durch die Herausbildung rechter Jugendkulturen nach 1980 langfristig prägte¹³⁷, zeigt sich hingegen eben an dieser Einschätzung, wie sehr es der Sinus-Studie nicht gelang, die tatsächlichen Neuerungen am rechten Rand zu erfassen. Sichtbar wird in dieser Fehleinschätzung ein Konstruktionsproblem der Studie, das mit deren induktiver Vorgehensweise verknüpft war und in den Diskussionen der 1980er-Jahre keine Beachtung fand. Das Vorgehen ermöglichte es dem Sinus-Institut zwar, Skalen und Statements als Ergebnisse eines empirischen Verfahrens gegen die konservative Kritik zu verteidigen.

134 Jürgen Falter, *Wer wählt rechts? Die Wähler und Anhänger rechtsextremistischer Parteien im vereinten Deutschland*, München 1994, S. 151.

135 Gottfried Capell, *Was der Sinus-Bogen erfasst*, in: *Die Welt*, 30.3.1981.

136 »Haß auf Fremde und Demokratie«, in: *Der SPIEGEL*, 16.3.1981, S. 51–60, hier: S. 54.

137 Vgl. hierzu Michael Kohlstruck, *Maskuline Jugendkulturen und fremdenfeindliche Gewalt in den 1980er und frühen 1990er Jahren in Ost und West*, in: Till Kössler/Janosch Steuwer (Hrsg.), *Brandspuren. Das vereinte Deutschland und die rechte Gewalt der frühen 1990er Jahre*, Bonn 2023, S. 80–100.

Indem die Auswahl der Statements aber an den Ergebnissen des Pretests orientiert wurde, hatte Sinus die Entscheidung darüber, welche Statements zum Teil des »rechtsextremen Einstellungsraumes« gehörten, weitgehend jener Gruppe von 50 Personen überantwortet, die im Pretest die »Rechtsextremen« repräsentierten. Wer diese Personen waren, lassen nicht nur Abschlussbericht und Buchveröffentlichung der Sinus-Studie fast gänzlich offen, sondern auch der weitere Schriftverkehr in der Aktenüberlieferung des Kanzleramts. Sie werden an unterschiedlichen Stellen als »Angehörige rechtsextremer Organisationen« oder als »identifizierte Rechtsextreme« benannt, zu denen in der konkretesten Bemerkung dann »Wiking-Jugend, NPD-Mitglieder usw.« gezählt werden.¹³⁸ Insofern muss ihr soziodemografisches Profil, insbesondere ihre in diesem Zusammenhang interessierende Altersstruktur, offenbleiben. Waren im Pretest womöglich vor allem alte »Rechtsextremisten« gefragt worden? Offensichtlich ist jedenfalls, dass es sich bei diesen Personen um ideologisch besonders überzeugte Personen handelte. Für die tatsächliche Transformation des rechtsextremen Feldes, die am Beginn der 1980er-Jahre gerade durch einen Bedeutungsverlust »geschlossener rechtsextremer Weltbilder« und ihre Diffusion in unterschiedliche Gesellschaftsbereiche und vor allem jugendliche Subkulturen gekennzeichnet war, ließ sich mit einem so gestalteten Pretest kein passendes Testinstrument entwickeln.

VIII. Das »rechtsextreme Einstellungspotential« und die Transformation des Rechtsextremismus um 1980

Es war insofern die grundlegende Prämisse der Sinus-Studie, die es der so aufwendigen Untersuchung verunmöglichte, dem eigenen prognostischen Anspruch gerecht zu werden. Mit ihr wurde die Sinus-Studie am Beginn der 1980er-Jahre vielmehr selbst zu einem Element jener Transformation des Rechtsextremismus, die sie empirisch hatte erfassen wollen. Dies dokumentiert besonders die im Projektverlauf beiläufig neugeschöpfte Wendung vom »rechtsextremen Einstellungspotential«, mit der das Sinus-Institut beschrieb, was es zu messen beanspruchte. Dieser Begriff fügte sich nur ungenau in das methodische Programm der Studie, die das Institut und ihre Verteidiger gegenüber Kritik immer wieder mit dem Verweis in Schutz nahmen, dass sie »Einstellungen gemessen« habe und »keine Aussagen über das Verhalten der Befragten« machen würde.¹³⁹ Doch zugleich gründete das ganze Ansinnen des Projekts, mittels »sozialwissenschaftlicher Prognostik« praktische »Politikberatung« zu betreiben, notwendigerweise auf der Annahme, dass politisches Verhalten auf Einstellungen beruhe.

Dass die Sinus-Studie, wie Andreas Kärner und Michael Kohlstruck angemerkt haben, »eine inhaltlich befriedigende Begründung für die Behauptung eines ›Po-

138 »Angehörige rechtsextremer Organisationen«: Uetzhöffer, Zur quantitativen Bestimmung rechtsextremer Potentiale, S. 3, BArch, B 136/13322, Bd. 4; »identifizierte Rechtsextreme«, »Wiking-Jugend, NPD-Mitglieder«: Schreiben von Sinus an Kanzleramt betr. »Antwort auf die Argumente von BMI und BMJ«, 18.3.1981, BArch, B 136/13322, Bd. 2.

139 Vgl. etwa Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll, 9. Wahlperiode, 46. Sitzung, 25.6.1981, S. 2723.

tentials« [...] schuldig« blieb¹⁴⁰, lässt sich als Ergebnis jener Forschungstradition lesen, in der das Projekt stand und in der der Begriff des »Potentials« um 1980 zu einer selbstverständlichen Vokabel geworden war. Ein Jahrzehnt zuvor, als am Beginn der 1970er-Jahre erste Untersuchungen versucht hatten, von der allgemeinen Identifikation autoritärer Einstellungen zu konkreten Prognosen der Wahlchancen rechtsextremer Parteien zu gelangen, war dies noch anders gewesen. Die prägende Studie von Hans-Dieter Klingemann und Franz Pappi etwa hatte 1972 die Vorstellung, »daß der tatsächlichen Wahlentscheidung für eine radikale Partei eine Wahlbereitschaft vorausgeht«, noch explizit als Vorannahme gekennzeichnet, mit der sie »Zugehörigkeit oder Nicht-Zugehörigkeit zu einem radikalen Wählerpotential« als »wichtigste abhängige Variable« zur Erklärung und Prognose des Wahlverhaltens betrachte.¹⁴¹ Diese Annahme war dann mit den Forschungen zum vor allem linken »Protestpotential« aus dem engen Feld der Wahlforschung gelöst worden, aber immer noch an ein bestimmtes Set politischer Verhaltensweisen geknüpft geblieben, das mithilfe der quantitativen Bestimmung von Einstellungen prognostiziert werden sollte.¹⁴² Die Sinus-Studie hingegen entgrenzte den Begriff des Potentials, indem sie ihren Zentralbefund eines 13 % umfassenden »rechtsextremen Einstellungspotentials« im Abschlussbericht ebenso deutlich von der Identifikation allgemeiner antidemokratischer Einstellungen abgrenzte wie von der Abschätzung eines bestimmten politischen Verhaltens.

»Um es noch einmal zu betonen«, stellte der Abschlussbericht der Sinus-Studie selbstbewusst heraus: »Dieses mittels der RES-Skala identifizierte rechtsextreme Potential von 13 % ist kein ›autoritäres‹ Potential im Sinne herkömmlicher Rechtsextremismusforschung.« Identifiziert worden seien vielmehr »Personen, deren politisch-ideologische Wahrnehmung und Wertorientierung von rechtsextremen Grundauffassungen geprägt ist. Die Bezeichnung ›Einstellungspotential‹ kennzeichnet diesen Sachverhalt.«¹⁴³ Was die Sinus-Studie mit dem im Pretest vollzogenen Abgleich zwischen den Denkweisen überzeugter »Rechtsextremisten« und »Gesellschaft« gemessen hatte, war in den Augen ihrer Autoren insofern nicht mehr ein Vorfeld bestimmter Verhaltensweisen. Es war der Rechtsextremismus selbst. In dieser Weise führte die Sinus-Studie die Perspektive weiter, die die neuen Aktivist:innen am Ende der 1970er-Jahre in die Auseinandersetzung mit der extremen Rechten eingeführt hatten, sie fand mit der Konstruktion der Skalen und an sie geknüpften Zahlenwerte aber eine neue Ausdrucksform für diese Betrachtungsweise und verlieh ihr als vom Kanzleramt beauftragtes Forschungsprojekt ebenso politische wie wissenschaftliche Legitimation. Die Sinus-Studie lässt sich damit zu Recht als herausragender Beitrag in der Entstehung der »entdifferenzierten Rede vom ›Rechtsextremismus‹« begreifen, mit dem sich um 1980 ein »substantialistisches Modell von Rechtsextremismus« im öffentlichen und wissenschaftlichen Diskurs etablierte, das Einstellungen, politisches Handeln und Gewalt als »verschiedene

140 Kärner/Kohlstruck, Rechtsextremismus – Thema der Öffentlichkeit und Gegenstand der Forschung, S. 18.

141 Klingemann/Pappi, Politischer Radikalismus, S. 11.

142 Infratest Wirtschaftsforschung, Politischer Protest in der Bundesrepublik Deutschland.

143 Sinus-Institut, Rechtsextreme politische Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland. Abschlussbericht, Oktober 1980, S. 97, BArch, B 136/13327.

Formen« einer gemeinsamen »Essenz« begriff, deren gesellschaftliches Ausmaß die Studie zu quantifizieren beanspruchte.¹⁴⁴

Welche Folgen dies für die öffentliche Diskussion und Auseinandersetzung mit diesem Problem hatte, zeigte sich gerade an den positiven Reaktionen auf die Sinus-Studie, die sich 1981 vor allem bei der SPD und im Umfeld der Gewerkschaften fanden. Wie auch die meisten Berichte in der linksliberalen Presse waren sie davon geprägt, dass sie im Gegensatz zur konservativen Kritik die methodische Gültigkeit der Studie nicht hinterfragten, sondern ihre Wissenschaftlichkeit gerade betonten. Dies war auch ein Ergebnis der hektischen Öffentlichkeitsstrategie, mit der das Kanzleramt nach dem überraschenden Bekanntwerden der Studie versuchte, »die öffentliche Diskussion auf den ›intellektuellen Urheber‹ des Gutachtens« zu lenken.¹⁴⁵ Das Sinus-Institut sollte »seine Verantwortung für das Gutachten klar« übernehmen und damit das Kanzleramt aus der Schusslinie nehmen. Öffentlich hielt die Bundesregierung so durchaus Distanz zur Sinus-Studie und betonte in Reaktionen immer wieder ihren wissenschaftlichen und autonomen Charakter. Hinter den Kulissen nahm das Kanzleramt allerdings weiter Einfluss auf deren öffentliche Darstellung. Dass etwa die nach der SPIEGEL-Veröffentlichung unumgängliche Buchveröffentlichung der Studie im Sommer 1981 mit dem Untertitel »Die Sinus-Studie über rechtsextremistische Einstellungen bei den Deutschen« erschien, war Teil der Strategie, dem Institut die alleinige Urheberschaft für die Studie zuzuschreiben. Den Titel hatten die Beamten des Kanzleramts selbst vorgeschlagen.¹⁴⁶

Zugleich und vor allem eröffnete der Verweis auf die Wissenschaftlichkeit der Sinus-Studie aber auch neue Möglichkeiten in der öffentlichen Diskussion um die extreme Rechte, in der sich die erhobenen Zahlen nutzen ließen, um Politik zu machen. Während sich die Bundesregierung vonseiten der Opposition mit wüsten Vorwürfen zu mangelnder Sorgfaltspflicht bei der Studiererstellung konfrontiert sah, begannen sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete die Bundesregierung nach ihren »Folgerungen [...] aus der von ihr in Auftrag gegebenen Sinus-Studie« und ihren »konkreten Schritten« zu fragen, »um dem wachsenden Rechtsextremismus begegnen zu können«.¹⁴⁷ Im Gewand demoskopischer Zahlen waren die Sorgen um eine »Renaissance des Rechtsextremismus« politisch satisfaktionsfähig geworden. Mit ihnen ließ sich nun »die Feststellung im Verfassungsschutzbericht 1979«, dass »der Rechtsextremismus [...] keine Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung« darstelle, mit bislang ungekannter Überzeugungskraft in Zweifel ziehen und selbstbewusst dafür eintreten, »die Bekämpfung rechtsextremer Bestrebungen nicht allein dem Verfassungsschutz [zu] überlassen«.¹⁴⁸ Hierfür gelte es, »nach anderen Möglichkeiten und Wegen [zu] suchen«, die dann in den 1980er-Jah-

144 Kärner/Kohlstruck, *Rechtsextremismus – Thema der Öffentlichkeit und Gegenstand der Forschung*, S. 19.

145 Hier und folgendes Zitat: Vermerk »Gutachten zu ›rechtsextremistischen politischen Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland«, 17.3.1981, BAArch, B 136/13322, Bd. 2.

146 Vermerk betr. Veröffentlichung der Rechtsextremismus-Studie, 14.4.1981, BAArch, B 136/13322, Bd. 3.

147 Deutscher Bundestag, Drucksache 9/461, 9. Wahlperiode, 22.5.1981, S. 11 f.

148 Hier und folgendes Zitat: Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll, 9. Wahlperiode, 46. Sitzung, 25.6.1981, S. 2631 f.

ren rasch vor allem in öffentlicher Aufklärung und einer »Pädagogik gegen rechts« erkannt wurden.¹⁴⁹ Schon in seinem Vorwort zur Veröffentlichung der Sinus-Studie hatte der Politikwissenschaftler Martin Greiffenhagen in diesem Sinne besonders gelobt, dass »die Untersuchung [...] reiches Material zur argumentativen Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus« liefere, das »von jedem Lehrer, jedem Studienleiter unmittelbar verwandt werden« könne.¹⁵⁰ Denn mit dem in ihr entwickelten Rechtsextremismusbegriff müssten keine »tiefenpsychologischen Verletzungen, nicht schwierig zu fassende Projektionen, nicht ›Syndrome‹ [...] studier[t] und theoretisch diskutier[t]« werden, sondern »verständliche Aussagen, sprachlich einfach gefaßte Sätze [...] auf ihren Wahrheitsgehalt geprüft und besprochen werden«. Der politischen Bildung, so schlussfolgerte Greiffenhagen, liefere »die Sinus-Untersuchung [...] für Jahre Stoff«.

In dieser Weise trug die Sinus-Studie einen gewichtigen Teil dazu bei, einen neuen, bis heute gültigen Modus der Auseinandersetzung mit der extremen Rechten durchzusetzen, mit dem dann in den 1980er-Jahren Rechtsextremismus in verschiedenen Gesellschaftsbereichen identifiziert und diskutiert wurde. Im Vergleich zu der früheren Vorstellung, die von verbreiteten »autoritären« oder antidemokratischen Einstellungen in der Gesellschaft und einem sich in politischen Handlungen oder Organisationen manifestierenden »Rechtsextremismus« ausging, machte ihre substantielle Vorstellung den Rechtsextremismus dabei in einer paradoxen Wendung sowohl zum Teil der Gesellschaft, wie sie ihn ihr zugleich gegenüberstellte. »Rechtsextremismus« ist empirisch seit der Studie nicht mehr nur am äußersten »rechten Rand« des politischen Spektrums zu finden, was die Entstehung anderer Bedrohungsbewertungen und Mittel zu seiner Bekämpfung beförderte, die Kennzeichnung von Phänomenen als rechtsextrem aber zugleich umso kontroverser machte und normativ auflud: Einerseits gewann die Identifikation rechtsextremer Einstellungen durch ihre Verortung in der »Mitte der Gesellschaft« an politischer Brisanz und erhob umso deutlicheren Anspruch auf ihre gesellschaftliche Ächtung. Andererseits traf die Markierung von Einstellungen als »rechtsextrem« nun Personen, die sich selbst nicht als Rechtsextremisten verstanden und entsprechende Zuschreibungen zurückwiesen.

So sehr es der Anspruch der Sinus-Studie gewesen war, mit den Mitteln der Demoskopie eine empirische Bestimmung dessen zu leisten, was »rechtsextrem« sei, so sehr hinterließ sie einen anhaltenden Streit um eben diese Frage, mit dem die öffentliche Auseinandersetzung mit der extremen Rechten eine neue, reflexive Ebene gewann: Es konkurrieren nun nicht mehr vornehmlich unterschiedliche Bedrohungseinschätzungen, sondern ebenso konträre Vorstellungen über das zur Debatte stehende Phänomen selbst. An der demoskopischen Beobachtung der extremen Rechten, die in den 1990er-Jahren deutlich intensiviert und verstetigt wurde¹⁵¹, ist dies bis heute in besonderer Weise sichtbar, weil der politische Wert ihrer

149 Vgl. ausführlich hierzu *Till Kössler/Janosch Steuwer*, »Pädagogik gegen rechts«. Bildungs- und jugendpolitische Reaktionen auf die rechte Gewalt der frühen 1990er Jahre, in: *dies.*, *Brandspuren*, S. 230–250.

150 Hier und folgende Zitate: *Martin Greiffenhagen*, Vorwort, in: *SINUS Markt- und Sozialforschung*, 5 Millionen Deutsche: »Wir sollten wieder einen Führer haben...«, S. 7–13, hier: S. 11 f.

151 Vgl. als Überblick hierzu *Neu/Pokorny*, *Extremistische Einstellungen und empirische Befunde*.

Zahlen zur gesellschaftlichen Verbreitung des Rechtsextremismus von deren wissenschaftlichen Gültigkeit abhängt. Entsprechend verläuft ihre Diskussion bis heute im Konflikt zwischen einer politisierten Methodenkritik und dem Beharren auf der Wissenschaftlichkeit der erhobenen Anteilswerte. Dass dabei noch immer viele jener Argumente ausgetauscht werden, die 1981 den Streit um die Sinus-Studie prägten¹⁵², zeigt, dass sich innerhalb des durch die Sinus-Studie vorgezeichneten Modus zwar unterschiedliche Einschätzungen zur Verbreitung rechtsextremer Einstellungen gewinnen lassen¹⁵³, sich aus den Spannungen der methodischen und politischen Notwendigkeiten, der qualitativen und quantitativen Fassung des Rechtsextremismus aber nicht grundsätzlich heraustreten lässt.

Dies hatte sich auch schon 1984 bei der von der Kohl-Regierung beauftragten Gegenstudie von Elisabeth Noelle-Neumann gezeigt. Der konservative Philosoph Hermann Lübke lobte sie noch am Ende der 1980er-Jahre großspurig dafür, mit der »Aufklärung über den eklatantesten Fall manipulativer Meinungsbildverzerrung mit den Mitteln der Demoskopie« die Sinus-Studie zumindest ein Stück weit aus der Welt geschafft zu haben.¹⁵⁴ Doch Lübke übergang dabei nicht nur, dass auch gegen die Allensbacher Untersuchung »theoretisch[e] Mängel und methodisch[e] Unzulänglichkeiten« geltend gemacht worden waren, hinter denen nun linke Kritiker:innen »institutsspezifische Ideologien und Überzeugungen« vermutet hatten.¹⁵⁵ Vor allem übersah er, dass Noelle-Neumann in ihrer Studie mit anderen Fragen und methodischen Entscheidungen zwar zu deutlich geringeren Zahlenwerten gelangt war, damit die von der Sinus-Studie entwickelte Perspektive aber nur bestätigt hatte: dass es, wie Noelle-Neumann es formulierte, innerhalb der Gesellschaft »passive Rechtsextremisten« gebe, die unsichtbar seien, aber ein extremistisches »Potential« bilden würden, das sich mit Meinungsumfragen beobachten und ausmessen ließe.¹⁵⁶

152 Vgl. ausführlich hierzu *Joachim Kreis*, Zur Messung von rechtsextremer Einstellung: Probleme und Kontroversen am Beispiel zweier Studien (Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 12), Berlin 2007, sowie die regelmäßige Kritik an den sogenannten Mitte-Studien, etwa *Viola Neu/Sabine Pokorny*, Ist »die Mitte« (rechts)extremistisch?, in: APuZ 65, 2015, H. 40, S. 3–8; *Eckhard Jesse*, Wer nicht rechtsextremistisch ist, muss keineswegs demokratisch eingestellt sein, in: Neue Zürcher Zeitung, 18.1.2019.

153 Dass Studien dabei regelmäßig zu Anteilswerten gelangen, die denen der Sinus-Studie ähneln, sollte dabei nicht als Beleg einer tatsächlich vorhandenen Essenz verstanden werden, sondern als Ausdruck einer Orientierung an früheren Umfragen. Vgl. hierzu *Falter*, Wer wählt rechts?, S. 151, der die Ergebnisse unterschiedlicher methodischer Entscheidungen diskutiert: »Falls man sich mit mindestens acht positiv beantworteten Aussagen zufrieden gibt, steigt der Prozentsatz der Rechtsextremisten in der Bevölkerung auf rund zehn Prozent; und wenn man noch ein weiches Kriterium zugrundelegt [...] sogar auf 17 Prozent. Diese [...] entsprächen in etwa den Zahlen, die man andernorts gelegentlich zu diesem Thema zu lesen bekommt, so recht plakativ in der seinerzeit außerordentlich einflussreichen Sinus-Studie.«

154 *Hermann Lübke*, Demoskopie als Aufklärung, in: Institut für Demoskopie Allensbach (Hrsg.), Demoskopie und Aufklärung. Ein Symposium, Marburg/Tübingen 1988, S. 32–44, hier: S. 44.

155 Wissen schaffen, in: Die ZEIT, 21.9.1984.

156 *Noelle-Neumann/Ring*, Das Extremismus-Potential unter jungen Leuten in der Bundesrepublik Deutschland 1984, S. 38–43.